

Arbeit oder Leben

Kampagnen-Zeitung

Heißer Herbst gegen Armut und Arbeitszwang
Göttingen, 16. – 30. Oktober 2004

Veranstaltungen
Aktionen
Demonstrationen
– für ein gutes Leben!



Personal Service Agenturen und 1-Euro-Jobs

Die PSA, das einstige Herzstück des Hartz-Konzeptes ist inzwischen abgestiegen zum Wurmfortsatz. Schon Ende letzten Jahres begann der Abgesang wegen ausbleibender „Erfolge“. Seitdem ist fast gar nichts mehr von den PSA's zu hören. Übrig geblieben also nur ein unnützes Stück ohne Wirkung?

Nazis und Soziale Frage

Sie erleben eine Renaissance, die Montagsdemos. Damals wie heute sind diese Proteste sehr heterogen. Vor 15 Jahren gewann der deutsch-nationale Flügel bei den Protesten schnell die Oberhand. Insbesondere in vielen ostdeutschen Städten ist dies mittlerweile bei den Protesten gegen Hartz IV wieder so.

... und nun zum Sport:

Die Treffsicherheit von Argumenten, Aktionen und Agrarprodukten

Hartz und Fraatz – No Pasaran!

Was mit Hartz IV bevorsteht, geht einigen noch nicht weit genug. Beispielsweise Manfred Fraatz aus Göttingen. Er macht Menschen zu Kostenfaktoren und will sie abschieben – egal wohin.

Inhalt

- 3 Intro: Arbeit oder Leben**
Heißer Herbst gegen Armut und Arbeitszwang! Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen – Für ein schönes Leben!
- 4 Personal Service Agenturen und 1-Euro-Jobs**
Warum es nicht dasselbe, aber doch das gleiche ist.
- 5 Widerstand: Arbeit, die begeistert**
Die soziale Frage in Zeiten fortschreitender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen.
- 5 Sonst frisst der Löwe alle**
Job-Center und Ausreise-Zentren
- 6 Geschichte der Arbeit und der Arbeitslosigkeit in Göttingen**
Bei der Geschichtswerkstatt Göttingen arbeiten, übrigens mit ABM-Mitteln vom Arbeitsamt, seit Mitte Juni 2004 zwei wissenschaftliche Mitarbeiter zusammen mit einer „ehrenamtlichen“ Arbeitsgruppe an zwei inhaltlichen Schwerpunkten: die Spuren der Arbeitsverwaltung in Göttingen vor 1945 und, mit stärkerem Gegenwartsbezug, die bundesrepublikanischen Entwicklungen von der Nachkriegszeit bis heute.
- 7 ... und nun zum Sport:**
Die Treffsicherheit von Argumenten, Aktionen und Agrarprodukten
- 8 Ist NutziGem die Revolution?**
Vorstellung der Idee von NutzerInnengemeinschaften
- 9 Hartz und Fraatz – No Pasaran!**
Was mit Hartz IV bevorsteht, geht einigen noch nicht weit genug. Beispielsweise Manfred Fraatz aus Göttingen. Er macht Menschen zu Kostenfaktoren und will sie abschieben – egal wohin.
- 10 Widerstandswerkstatt in Göttingen (JuzI)**
Indem viele linke Gruppen und Einzelpersonen ihre Erfahrungen zu einem gegenseitigen Austausch beisteuern, tun wir selbst erst einmal das, was ganz oben auf unserer To-Do-Liste steht: Solidarische Aneignung – und zwar umsonst!
- 11 Nazis und Soziale Frage**
Sie erleben eine Renaissance, die Montagsdemos. Damals wie heute sind diese Proteste sehr heterogen. Vor 15 Jahren gewann der deutsch-nationale Flügel bei den Protesten schnell die Oberhand. Insbesondere in vielen ost-deutschen Städten ist dies mittlerweile bei den Protesten gegen Hartz IV wieder so.
- 12 Widerstand am Arbeitsamt – eine Rallye für Alle!**
Vor wenigen Wochen ging es erstmals durch die Medien: Mit dem Inkrafttreten von Hartz IV am 01.01.05 befürchten die Innenministerien und die Agenturen für Arbeit eine zunehmende Gewaltbereitschaft der BezieherInnen von ALG II gegenüber dem Arbeitsamt. Die SachbearbeiterInnen sollen sich nun mit Selbstverteidigungskursen gegen Übergriffe vorbereiten und die Polizei stellt sich darauf ein, im neuen Jahr bei Bedarf Objekt- und Personenschutz am Arbeitsamt zu stellen.
- 13 Die glückliche Erwerbslose**
Frei nach Heinrich Böll: „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“
- 14 Agenturschluss**
„Arbeitsagenturen“ und „Personal Service Agenturen“ am 3. Januar 2005 lahmlegen!
- 14 Das Ende der Bescheidenheit**
Aufruf für die Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg

HerausgeberInnen:

Diese Kampagnen-Zeitung gegen Armut und Arbeitszwang wird vom Bündnis „Heißer Herbst“ herausgegeben, zu dem sich linke Göttinger Gruppen zusammengeschlossen haben. Neben einer gemeinsamen Erklärung zum momentan stattfindenden Sozialabbau sind Artikel zu unterschiedlichen Themenkomplexen abgedruckt. Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position aller am Bündnis beteiligten Gruppen wider.

Arbeit oder Leben

Heißer Herbst gegen Armut und Arbeitszwang!

Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen – für ein gutes Leben!

Göttingen, 16. – 30. Oktober 2004

Wir erleben derzeit den aggressivsten Angriff auf Löhne, soziale Sicherungssysteme, die Lebensbedingungen von MigrantInnen und erkämpfte Rechte der Lohnabhängigen in der Geschichte der BRD. Unter Namen wie „Gesundheitsreform“, „Agenda 2010“, „Hartz-Gesetze“ und so weiter,... läuft ein Programm von Verarmung, Repression und Kontrolle, das alle trifft, die nicht im oberen Drittel der Gesellschaft leben.

Doch nicht allein die Proteste der letzten Zeit zeigen, dass diese zynische Politik nicht mehr unwidersprochen hingenommen wird. Auch uns reicht es schon lange! In zwei heißen Herbstwochen wollen wir in einem Zusammenschluss von Göttinger Gruppen und Initiativen mit Aktionen, Kundgebungen und Veranstaltungen den Widerstand gegen Agenda 2010, Lohnkürzungen und alle anderen Zumutungen bündeln. Darüber hinaus wollen wir zudem die Frage stellen, wie eine andere Gesellschaft aussehen kann, in der nicht die Menschen den Bedürfnissen der Wirtschaft unterworfen sind, sondern die Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen dient.

Wessen Reichtum?

Wir leben in einer der reichsten Regionen der Welt. Ein Blick in die Konsummeilen der europäischen Großstädte oder auch ein Spaziergang durchs Göttinger Ostviertel beweisen dies. In den Regalen der Supermärkte findet sich alles, was man zum Leben so braucht (und einiges mehr), und Unternehmen wie Daimler-Chrysler verzeichnen Milliarden Gewinne. Auch dem Staat kann es nicht ganz so schlecht gehen: Er hat jedenfalls genug Geld, um den Polizeiapparat auszubauen, die EU-Grenzen – Tote billigend in Kauf nehmend – gegen Unerwünschte abzuschotten und die Angestellten der Arbeitsämter mit Selbstverteidigungskursen auf die Berufsrisiken von Hartz IV vorzubereiten.

Dennoch vergeht kein Tag, an dem nicht von „Sparzwang“ die Rede ist, und davon, dass „alle den Gürtel enger schnallen müssen“. „Alle“ – das sind Kranke, die mit Praxisgebühr und Zuzahlungen bestraft werden, RentnerInnen, die schon im Arbeitsleben zu wenig Geld hatten, um etwas zurückzulegen, Erwerbslose und -unfähige, die noch ärmer gemacht werden, (noch) Beschäftigte, die für immer weniger Geld immer mehr arbeiten sollen und MigrantInnen, an denen experimentiert wird, wie tief das Existenzminimum angesetzt werden kann. Also alle, die weder als Humankapital noch als Herr und Frau Binnennachfrage etwas taugen.

Wessen Arbeit?

Wann immer Staat oder Wirtschaft neue dreiste Verarmungsvorschläge verkünden, fehlt dabei nie der Hinweis, dass dies einzig dem Zweck dienen solle, Arbeit zu schaffen.

Allerdings hat sich gezeigt, dass die bereits umgesetzten Programme zur Senkung der so genannten „Lohnnebenkosten“ in den letzten Jahren zwar dazu geführt haben, dass Gesundheit und Alterssicherung zu teuren Luxusgütern geworden sind – mehr Arbeitsplätze sind dabei jedoch nicht entstanden. Vor allem aber sorgt die steigende Erwerbslosigkeit dafür, dass eine grundsätzliche Frage gar nicht mehr gestellt wird: *Ist es überhaupt wünschenswert, Arbeit zu schaffen?!*

In unserer Gesellschaft ist Arbeit in erster Linie eine Ware: Die meisten Menschen müssen sich buchstäblich selbst zu Markte tragen, um davon leben zu können, egal, wieviel Freude oder Frust ihnen eine Tätigkeit bereitet; egal, ob am Ende Panzer oder lebenswichtige Medikamente herauskommen.

Als wäre es nicht schlimm genug, auf diese Weise zum Wirtschaftsfaktor erniedrigt zu werden – noch schlimmer ist es, als solcher überflüssig zu sein.

Zur Zeit wird dabei vor allem von denen gesprochen, die zwar – aus Freude an ihrem Beruf oder purer Notwendigkeit – arbeiten wollen, aber keine Abnehmer für ihre Leistung finden. Der Begriff „arbeitslos“ verschleierte jedoch die Verhältnisse: Das Problem ist ja gerade, dass die Leute ihre Arbeit *nicht* loswerden. (Obwohl Jobsuche, Existenzangst und Ämter-Spießbrutenlaufen verdammt anstrengend sind!)

Mit Hartz IV hat der Staat nun eine „sinnvolle“ Funktion für diese Gruppe der Erwerbslosen gefunden: Sie sollen als offizielle Lohndrückerbrigade erhalten. Zum einen sorgt die ständige Androhung puren Elends dafür, dass die – noch – Erwerbstätigen jede Kröte schlucken, ohne aufzumucken. Gleichzeitig wird ein Niedriglohnsektor geschaffen, der zynischerweise selbst aus staatlicher Sicht nur deshalb als „zumutbar“ gilt, weil der Erhalt des Arbeitslosengelds an den Zwang zur Annahme der Ein-Euro-Jobs gekoppelt ist. Der weitere Preisverfall auch für reguläre Arbeitsverhältnisse ist damit vorprogrammiert.

Um dieser Abwärtsspirale und der Erpressung durch Armut zu entfliehen, gibt es eine Lösung: Die Abhängigkeit von der Lohnarbeit muss endlich beendet werden, Arbeitslosigkeit darf nicht länger mit Existenznot gleichgesetzt werden. Berechnungen

besagen, dass beim heutigen Stand der Technik jeder dazu fähige Mensch höchstens drei bis vier Stunden täglich arbeiten müsste, um die gesamte Weltbevölkerung nicht nur mit allem Lebensnotwendigem, sondern darüber hinaus mit einem guten Maß an Luxus zu versorgen. Es ist genug Reichtum für alle da, und eigentlich bliebe auch immer mehr Zeit, ihn auch zu genießen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, die Frage neu zu stellen: Wollen wir eine Entwicklung hinnehmen, die immer mehr Menschen als „überflüssig“ ausgrenzt, teilweise sogar schlicht dem Verhungern überlässt, während die anderen immer stärker in die Tretmühle des Arbeitszwangs eingeschlossen werden – oder wollen wir für eine Gesellschaft kämpfen, die ein gutes Leben für alle ermöglicht? Auch über Ideen, wie eine solche Gesellschaft aussehen kann, wollen wir in den Aktionswochen diskutieren.

Wessen Standort?

Wer mit solchen Ideen ankommt, die automatisch auch das Ende des Selbstzwecks „Mehrwertproduktion“ bedeuten, wird schnell ein Totschlagargument dagegen hören: Was soll denn dann aus dem Standort Deutschland werden?

Unsere Antwort: Das kann den Lohnabhängigen scheißegal sein! Ein blühender Wirtschaftsstandort bedeutet nämlich keinesfalls, dass es dessen BewohnerInnen ebenso blühend geht – Familien, die bis hin zu ihren Kindern zwölf Stunden täglich in den boomenden Fabriken Chinas schufteten, könnten dies bestätigen. Und auch die knapp 360.000 Quadratkilometer, die derzeit den Namen Deutschland tragen, sind eigentlich kein Grund, den Wert des eigenen Lebens immer weiter vermindern zu lassen. Schlimmer noch: Wer sich auf die Konkurrenz zwischen den Standorten einlässt, gräbt mit an der Grube, in die er selbst hineinfällt.

In diesem angeblichen Kampf aller gegen alle funktionieren die Argumente, die den „Standort Deutschland“ konkurrenzfähig halten wollen, jedoch nur so weit, wie diejenigen, die dafür Opfer bringen sollen, sich darauf einlassen. Leider ist dies nur zu oft der Fall. Die Drohung, billige Arbeit woanders, zum Beispiel in den neuen EU-Staaten, einzukaufen, führt nicht etwa zur Solidarisierung mit den dort Beschäftigten und gemeinsamen Arbeitskämpfen, sondern zu nationalistischen Reflexen und Opferbereitschaft – „wenn es denn für Deutschland ist...“

Es wird Zeit, diese Konkurrenz der Standorte aufzugeben und in der globalisierten

Wirtschaft nur noch eine Standortbestimmung anzuerkennen, unabhängig vom jeweiligen Lohnniveau, und unabhängig von der jeweiligen Staatsangehörigkeit: Entweder auf der Seite des Konkurrenzdenkens, das dem Denken der Wirtschaft entspricht, oder aber im gemeinsamen, solidarischen Kampf gegen Sozialkahlschlag, Arbeitszwang und Verzicht – weltweit.

Wessen Leben?!?

Während sich beispielsweise in Italien und Frankreich schon seit längerem Widerstand gegen ähnlich gelagerte Kahlschlagprogramme regt, zeigt sich dieser mittlerweile auch in Deutschland. Dass so etwas hierzulande unüblich ist, zeigen die Reaktionen: Schon die Proteste der letzten Wochen haben die Regierung aufgeschreckt, als stünde der Sturm aufs Kanzleramt vor der Tür. Denn zum ersten Mal seit der Kampfansage „Agenda 2010“ regt sich Widerspruch: Mit Hartz IV wird endlich klar, dass es nicht immer nur „die Anderen“ trifft (= „Sozial-schmarotzer“, „Asylbetrüger“, „Florida-Rolf“ und wen die Medien noch so alles zum Feindbild erklärt haben), sondern alle jetzigen und künftigen Erwerbslosen als auch die Beschäftigten. Um eine Ausweitung des Protests und eine mögliche Solidarisierung zu verhindern, werden die DemonstrantInnen denn auch zu „Hartz IV-Gegnern“ klein-geredet – obwohl es schon längst um mehr geht.

Wir wollen uns in den zwei Wochen „Heißer Herbst“ allerdings nicht unkritisch als Teil eines großen gemeinsamen Widerstands sehen – mit Vielem haben wir nämlich ganz und gar nichts gemeinsam: Denn so lange Arbeit eingefordert wird, als handele es sich um einen Selbstzweck, und immer wieder „das Volk“ beschworen wird, haben die Proteste zwangsläufig eine offene Flanke nach rechts.

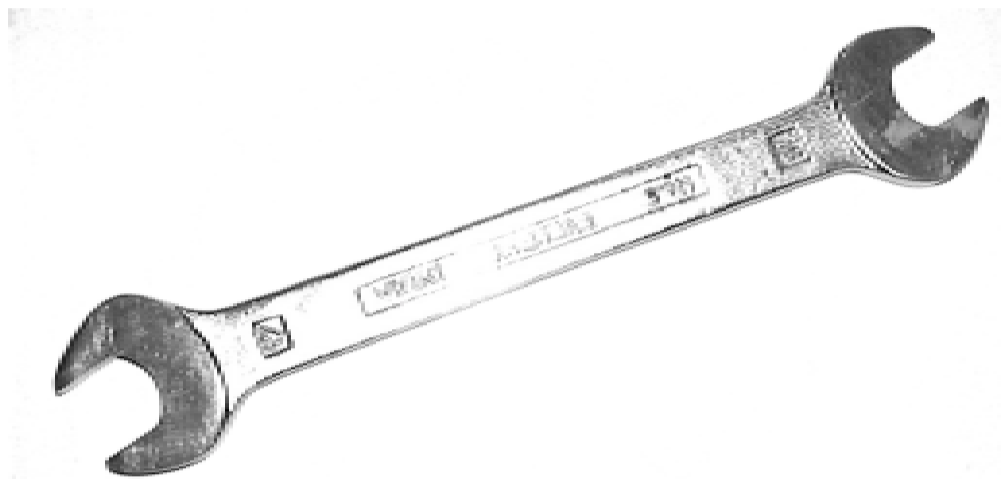
Wir dagegen fordern: Schluss mit dem Zwang, uns auf dem Arbeitsmarkt verkaufen zu müssen – Schluss mit nationaler Borniertheit und globaler Konkurrenz – Schluss mit Rassismus und Faschismus – Eine solidarische Gesellschaft, in der Produktion und Verteilung den Bedürfnissen der Menschheit dienen, nicht dem Diktat des Mehrwerts – Her mit dem schönen Leben für alle Menschen weltweit!

Alles für Alle!

Unterstützende Gruppen:
A.L.I - Antifaschistische Linke International, Antifa AundK, AntiRa Plenum, Arbeitslosenfrühstück, BG Medizin, Geschichtswerkstatt, OLafA (Offene Linke - Alles für Alle), Redical M, Schöner Leben Göttingen, Soziales Zentrum, Widerstandswerkstatt

Personal Service Agenturen und 1-Euro-Jobs

Warum es nicht dasselbe, aber doch das gleiche ist.



Die PSA, das einstige Herzstück des Hartz-Konzeptes ist inzwischen abgestiegen zum Wurmfortsatz. Schon Ende letzten Jahres begann der Abgesang wegen ausbleibender „Erfolge“. Seitdem ist fast gar nichts mehr von den PSA's zu hören. Übrig geblieben also nur ein unnützes Stück ohne Wirkung?

Aufgestiegen sind dagegen die 1-Euro-Jobs, die so genannten Arbeitsgelegenheiten. Vom ehemals eher randständigen Modell in der Sozialhilfe, sind die „Arbeitsgelegenheiten“ zum neuen Stern am Hartz-Himmel, zum Superschnäppchen für Wohlfahrtsverbände und Bildungsträger avanciert.

Aber zahlenmäßiger Erfolg hin oder her, es geht bei beiden Modellen um mehr als darum, einige tausend Erwerbslose zu beschäftigen oder in Arbeit zu bringen. Sowohl PSA's als auch 1-Euro-Jobs sind Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Durchsetzung eines Niedriglohnssektors mit Jobs ohne Rechte. Gleichzeitig wird der Druck auf die noch-arbeitenden Lohnabhängigen erhöht, sich mit immer weniger und immer schlechteren Arbeitsbedingungen zufrieden zu geben.

Auch ein Wurmfortsatz kann eine Funktion haben

Start für die PSA's war der Mai 2003. Schon im Dezember gab es bundesweit bereits 952 PSA's. Eine PSA funktioniert im Prinzip wie eine Zeitarbeitsfirma, weshalb sie oft direkt bei diesen angesiedelt sind. Das Arbeitsamt schickt die Erwerbslosen zur PSA, die diese bei sich einstellt. Dafür zahlt das Arbeitsamt zwischen 800 und 1000 Euro monatlich an die PSA. Der Betrag wird alle drei Monate abgesenkt. Der Erwerbslose bekommt im Durchschnitt einen Stundenlohn von 6-7 Euro brutto, Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es nicht. Fahrtkosten müssen selber getragen werden. Die Wochenarbeitszeit beträgt 35 Stunden. Wird der Erwerbslose von einem Betrieb fest übernommen für mindestens

sechs Monate, zahlt das Arbeitsamt nochmals eine Prämie an die PSA.

Bis Mai 2004 wurden etwa 10.500 Erwerbslose „fest“ vermittelt, geplantes Ziel waren 50.000. Wie und wohin sie vermittelt wurden, darüber wird nicht viel geredet. Das Arbeitsamt wirbt immer noch mit einem „30%igen Klebeffekt“.

Doch diese Vermittlungen sind mehr Schein als Sein. Stellen doch die Zeitarbeitsfirmen, bei denen die PSA's angesiedelt sind, die Leute zu einem großen Teil einfach bei sich selber ein, zum anderen suchen sich viele Leute selber einen Job – und für beides kassieren die PSA's die Vermittlungsprämien.

Viele Erwerbslose weigerten sich bisher, für 6-7 Euro brutto die Stunde zu arbeiten. Mit ein Grund, warum die Sperrzeiten insgesamt über 300% angestiegen sind. Inzwischen melden einige PSA's eine steigende Nachfrage seitens der Erwerbslosen. Der Grund dafür ist die Angst vor ALG II, dem völligen Absinken in die Armut und die Repressionsfalle der Arbeitsämter, die mit allen Mitteln versuchen, Sperrzeiten zu provozieren und Erwerbslose aus dem ALG-Bezug zu drängen.

Doch davor schützt eine Beschäftigung bei einer PSA nicht: alle Gespräche mit den Erwerbslosen werden protokolliert und Fragebögen des Arbeitsamtes zu den einzelnen Personen ausgefüllt. Alles geht an die Arbeitsämter nebst Meldungen über nicht eingehaltene Termine usw. Beim Arbeitsamt wird dann über Sanktionen und Sperrzei-

ten entschieden. So ist die PSA ein verlängerter Kontrollarm des Arbeitsamtes.

Für die Betriebe sind die PSA's nicht nur eine willkommene Billiglohnvariante zum kurzfristigen Ausgleich von fehlenden Arbeitskräften. Die preiswerte Ausleihe ist auch eine Methode, mit der eine völlig unterschiedliche Entlohnung für gleiche Ar-

Unser September Angebot!

Rechnen Sie mit uns: Entleih: 5=4

Sie entleihen unsere Mitarbeiter für 5 Tage und zahlen nur für 4 Tage in der ersten Woche. Sollten Sie mit einem Mitarbeiter nicht zufrieden sein, bieten wir schnellstmöglich Ersatz.

(Aus einem Werbeanschreiben einer PSA an Unternehmen. Nicht nur ein Beleg für Dumpingangebote, sondern auch dafür, wie der Mensch buchstäblich zur Ware wird.)

beit durchgesetzt wird. Was z.B. beim VW-Modell 5000x5000 noch für einigen Zündstoff und viel Erklärungsbedarf sorgte, ist bei der PSA-Ausleihe gar kein Thema mehr.

Sternchen oder Star am Hartz-Himmel?

Beschönigend wird von Politikern und Sachverwaltern über die Schaffung von „Arbeitsgelegenheiten“ geredet. Wohlfahrtsverbände und Beschäftigungsgesellschaften sollen diese „Arbeitsgelegenheiten“ zur Verfügung stellen. Alles ist möglich, wenn es denn zusätzlich und gemeinnützig ist. Auf der Internetseite des Sozialministeriums Schleswig-Holstein ist eine Ideenbörse für die 1-Euro-Jobs zu finden: Lesemutti an Schulen, Aufpasser für abgestellte Fahrräder, feststehende Fremdenführer usw. Für jeden erlernten Beruf ist etwas dabei,

egal ob ungelernnt oder Akademiker. Noch sollen diese Jobs auf 6 Monate beschränkt sein, Vollzeit und mit 1-2 Euro die Stunde entlohnt. Diskussionen über eine Verlängerung bis zu zwei Jahre und eine niedrigere Aufwandsentschädigung bis zu 0 Euro werden gerade ganz intensiv diskutiert.

War die Resonanz ursprünglich verhalten, haben inzwischen alle Wohlfahrtsverbände erklärt, sie könnten Tausende solcher Arbeitsgelegenheiten schaffen. Für die in den nächsten Jahren wegfallenden Zivildienststellen wird dringend Ersatz benötigt. Und dann noch so billig, sie verdienen sogar noch daran. Zahlt doch das Arbeitsamt an die Träger 500 Euro pro Monat und pro Erwerbslosen, wovon der Erwerbslose nur einen Bruchteil bekommen wird.

Auch hier werden die Träger solcher Maßnahmen der verlängerte Kontrollarm des Arbeitsamtes sein. Auch sie werden Berichte und Fragebögen ausfüllen und weiterleiten.

Der 1-Euro-Job ist die unterste Stufe der Beschäftigungsskala. Hier wird auch gar nicht erst ein Arbeitsverhältnis begründet, sondern eben eine Arbeitsgelegenheit geschaffen. Das heißt, es gibt keinen Anspruch auf irgendeine Art von Lohn, außer eben einer Aufwandsentschädigung, die gewährt wird. Es gibt keine Arbeitsrechte, die eingehalten werden müssen oder von den Beschäftigten wahrgenommen werden könnten, außer dem Bundesurlaubsgesetz und den Vorschriften zum Arbeitsschutz. Ein Streik z.B. für tarifliche Entlohnung wäre eine Verweigerung der Mitwirkungspflicht und würde mit dem Ausschluss aus dem ALG II-Bezug sanktioniert werden.

Herzstück und Superschnäppchen

Sowohl PSA's als auch 1-Euro-Jobs sind Elemente in einem ganzen System zur Entrechtung, Disziplinierung und Kontrolle von Erwerbslosen sowie zur Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. In diesem Zusammenhang sind auch die Ich-AG's, die Mini- oder Midi-Jobs zu sehen.

Auf der einen Seite werden Erwerbslose dazu gezwungen, Tätigkeiten zu machen, aus deren Verantwortung sich der Staat mehr und mehr zurückzieht, und das ohne Lohn: in Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern oder Grünflächenarbeiten jeder Art.

Auf der anderen Seite werden Erwerbslose gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, egal zu welchem Lohn und zu welchen Bedingungen. Angesichts der 1-Euro-Variante und der zunehmenden Repression und Verarmung werden auch immer mehr Erwerbslose dazu bereit sein.

Die Erwerbslosen werden so zu billigen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Der Druck auf die Lohnabhängigen wird durch die Politik gegenüber den Erwerbslosen nicht gemindert, sondern gestärkt. Mehr und mehr verschiebt sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeitgeber. Die letzten Tarifaueinandersetzungen wie etwa bei Daimler-Chrysler beweisen das nur zu gut.

PSA's und 1-Euro-Jobs weisen also in die gleiche Richtung: Entrechtung, Prekarisierung und Verarmung.

Soziales Zentrum Göttingen

Plenum jeden Montag in der Geiststraße 2 um 19.45 Uhr

Widerstand: Arbeit, die begeistert

Die soziale Frage in Zeiten fortschreitender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen.

Gesellschaftlicher Reichtum ist da, um verteilt zu werden. Nur: Wie wird er hergestellt? Und wer bekommt wie viel vom Kuchen? Wer hat überhaupt Zugang zu dem ständig wachsenden Reichtum? Diese Fragen waren schon immer eines der zentralen Felder für politische Auseinandersetzungen. Bis Mitte der 1980er Jahre spielten sich die Kämpfe um Verteilung dabei in einem recht stabilen Koordinatensystem ab: Die Löhne für abhängig Beschäftigte wurden in Tarifaussinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften festgesetzt, für den Lebensunterhalt von Erwerbslosen und RentnerInnen sorgten – wenn auch in bescheidenem Maß – die sozialen Sicherungssysteme. Doch seitdem hat sich viel geändert. Es wurden immer mehr Maßnahmen durchgesetzt, die die Situation von Lohnarbeitenden wie von Erwerbslosen und Alten verschlechterten.

Eine besonders einschneidende dieser Veränderungen ist die Zunahme so genannter prekärer Arbeitsverhältnisse. Prekär bedeutet in diesem Zusammenhang so viel wie: ungesichert, befristet und in aller Regel schlecht bezahlt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind jedoch nur schwer auf einen Nenner zu bringen: Unter ihnen finden sich sowohl Aushilfsjobs in der Pommestube oder der Kneipe, langfristige und niedrigqualifizierte Arbeit wie die von Reinigungskräften, aber auch verschiedene Beschäftigungsformen, die den herkömmlichen normalen Arbeitsverhältnissen noch stark ähneln, aber schon entscheidende Verschlechterungen für die Beschäftigten bedeuten, wie zum Beispiel Leiharbeit. Sogar die in den 90er Jahren allgegenwärtigen Computer-SpezialistInnen können inzwischen zu den prekär Beschäftigten zählen, dienen dabei aber oft als positives Leitbild ‚flexibilisierter‘ Arbeitsverhältnisse: Kreativ, eigenständig und hoch flexibel, haben sie angeblich neue, ungeahnte Freiheiten und dazu noch hohe Einkommen.

Doch ganz gleich, ob Verkäuferin mit 400-Euro-Job, „freie“ Programmiererin oder nach Erfolg bezahlter Call-Center-Telefonist: Was alle prekär Beschäftigten gemeinsam haben, ist, dass sie deutlich weniger Rechte haben als ‚normal‘ Beschäftigte. Vor allem im niedrig qualifizierten Bereich empfinden sie ihre Arbeit oft als Zumutung, haben jedoch keine andere Wahl: Die Jobs, so schlecht sie auch sind, bieten ihnen die einzige Chance auf Einkommen und sozialen Anschluss.

Widerstand prekär Beschäftigter gegen ihre Schlechterstellung hat es bislang wenig gegeben. Auch eine gewerkschaftliche Form der Organisation scheint für sie noch schwerer zu erreichen zu sein als in anderen Branchen: Prekär Beschäftigte sind überall und nirgends, es gibt für sie keinen gemeinsamen Ort, wie es etwa die Fabrik für IndustriearbeiterInnen ist. Zudem sind sie sehr heterogen – die Lebenssituationen von Studierenden, die nebenbei im Call Center jobben, von MigrantInnen, die Vollzeit auf dem Bau arbeiten, oder von gekündigten IT-ExpertInnen, die in die Selbstständigkeit

gedrängt werden, lassen sich nicht einfach über einen Kamm scheren.

Der sinkende Organisationsgrad schwächt die Gewerkschaften in den tariflichen und politischen Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeberverbände versetzt das in die Lage, die Beteiligung der Unternehmen auch an der Finanzierung der Sicherheitssysteme zu reduzieren und erkämpfte Rechte von ArbeitnehmerInnen weiter zu beschneiden – zumal seitens der Regierenden nicht mit Gegenwind zu rechnen ist. Die herrschende Politik reagiert auf die Rationalisierungen im industriellen und Dienstleistungssektor vielmehr damit, alle ‚Überflüssigen‘ zu niedrigen Löhnen auf den Arbeitsmarkt zu treiben. Lösungen jenseits von Lohn- oder Zwangsarbeit werden gar nicht erst diskutiert. Kurz: Prekarisierung wird staatlicherseits nicht erschwert, sondern gefördert. Besonders negativ wirkt sich diese Politik für Frauen und für Menschen mit Migrationshintergrund aus. Für sie bedeutet dies eine weitere Zementierung ihrer Diskriminierung. Denn sie sind es, die traditionell in niedrig-qualifizierte Beschäftigungen gezwungen werden.

Für uns stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie abhängig Beschäftigte in der gegenwärtigen Situation für soziale Kämpfe zu organisieren sind. Auch die Perspektive solcher Kämpfe ist aus unserer Sicht zu diskutieren: Ist das Ziel die Verbesserung von Arbeitsbedingungen innerhalb kapitalistischer Verhältnisse, oder muss eine Neuaufgabe der sozialen Kämpfe auch die Lohnarbeit selbst in Frage stellen? Dabei stellen wir fest, dass innerhalb der Linken das Thema Arbeit und Abschaffung derselben theoretisch gerne und oft beachtet wird, allein um die Frage einer spezifisch linken Praxis in Arbeitskämpfen ein großer Bogen gemacht wird.

Doch gibt es auch einige Versuche, im prekären Feld Auseinandersetzungen zu führen und eine linke Praxis zu entwickeln. Hierbei sind schwierige Probleme zu lösen: Wie erreicht man die prekär Beschäftigten? Was sind gemeinsame Interessen, die Basis von Kämpfen sein können? Was sind die konkreten Konflikte und wie werden sie gelöst? Welche ‚Lösungen‘ sind vom linken Standpunkt aus erfreulich, welche problematisch? Kann man überhaupt abhängig Beschäftigte organisieren oder müssen sie es selbst tun? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

In dieser Veranstaltung sollen Erfahrungen aus Kämpfen zusammengetragen und das Verhältnis der Linken zur so genannten sozialen Frage diskutiert werden.

Olafa : Offene Linke – Alles für Alle

Dienstag, 26. Oktober 2004, 20 Uhr
Widerstand: Arbeit die begeistert!
Diskussionsveranstaltung mit
VertreterInnen der Gruppen Call
Center Offensive, elexira und der
Flüchtlingsinitiative Brandenburg
(angefragt)
Gemeindesaal St. Michael, Kurze
Straße 13 (Innenhof)

Sonst frisst der Löwe alle

Job-Center und Ausreise-Zentren

Ein Löwe geht zu drei Kühen und sagt zu ihnen: Liefert mir eine von euch aus, dann lass ich euch andere in Ruhe. Zwei der Kühe sind sich bald einig und gehen auf den Handel ein. Eine Woche später kommt der Löwe zu einer der beiden Kühe und sagt: überlass mir deine Kollegin, dann verschone ich dich. Die Kuh ist einverstanden. Es vergeht eine Woche, dann kommt der Löwe wieder. Die letzte Kuh erinnert an das Versprechen, doch der Löwe lacht und fragt: Warum sollte ich dich verschonen? Und frisst sie auf.“ Diese afrikanische Geschichte erzählte ein Flüchtling.

Ein Modellversuch: Seit mehr als sechs Jahren werden spezielle Abschiebelager in Deutschland erprobt. Dort werden Flüchtlinge eingewiesen, die nicht abgeschoben werden können, weil sie keine Papiere haben. Ihnen wird „mangelnde Mitwirkung“ unterstellt. Mittlerweile heißen diese Lager „Ausreisezentren“ und stehen im Zuwanderungsgesetz. In diesen Lagern wird gebündelt angewandt, was es an Sondergesetzen für Flüchtlinge gibt. Flüchtlinge in den „Ausreisezentren“ bekommen keine Sozialhilfe mehr, nur Essen, ein Bett und nur in Ausnahmefällen Taschengeld. Gesundheitsversorgung gibt es nur als Notfallbehandlung. Ohne Genehmigung dürfen sie das Stadtgebiet nicht verlassen. Immer wieder werden sie zu „Verhören“ geholt. Ihnen wird die Hoffnung genommen, das Lager je wieder verlassen zu können. Viele berichten, sie würden langsam verrückt. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge verschwinden schließlich, weil sie die Zermürbungstaktik nicht mehr aushalten. Damit verlieren sie jeden Aufenthaltsstatus und alle Rechte, sie werden zu „Illegalen“. Wie und wovon sie nach dem Untertauchen leben, interessiert niemanden mehr. Die verantwortlichen PolitikerInnen erklären dies zum Erfolg.

Ein anderer Modellversuch: Junge Mannheimer, die Sozialhilfe beziehen, müssen in einem Job-Center vorsprechen, da sie sonst ihren Anspruch auf Sozialhilfe verlieren. Offizielles Ziel des Job-Centers ist die Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit. Da es aber weder Ausbildungs- noch Arbeitsplätze gibt, werden den Jugendlichen statt dessen Beschäftigungsmaßnahmen und Praktika aufgezungen. Spezialmaßnahmen in diesem Modellversuch sind nicht nur abgesenkte Sozialleistungen und eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung, sondern auch regelmäßige „Hausbesuche“. Von 1100 jungen Erwachsenen wurde auf diese Weise bislang die Hälfte aus der Sozialhilfe herausgedrängt: Sie haben ihren Sozialhilfeanspruch wegen „mangelnder Mitwirkung“ verwirkt und sind quasi „verschwunden“. Wovon sie jetzt leben, interessiert offiziell niemanden mehr. Sozialarbeiter wissen, dass sie sich mit Blut- und Plasmaspenden, Prostitution oder Diebstählen durchschlagen. Der Modellversuch wird von den Behörden als Erfolg eingestuft.

Zwei sehr unterschiedliche Modellversuche, jedoch ähnliche Ergebnisse. Bei beiden „verschwindet“ die Hälfte der betroffenen Menschen, d.h. sie existieren für die jeweilige Behörde nicht mehr. Offiziell wurden beide Modellversuche als Erfolg deklariert. Inoffiziell können wir nur feststellen, dass der Umgang mit Flüchtlingen Vorbildcharakter für derartige Modellprojekte hat – aber auch für die gesamte Ausgestaltung der so genannten Sozialreformen. So wurde z.B. die Einschränkung der Gesundheitsversorgung zuerst an Flüchtlingen ausprobiert, ebenso die abgesenkte Sozialhilfe. Gutscheine statt Bargeld, wie im Arbeitslosengeld II vorgesehen, bekommen Flüchtlinge schon seit zehn Jahren.

Das heißt nicht, dass die heute Ausgegrenzten sich morgen in der selben Situation wiederfinden wie Flüchtlinge. Bei Flüchtlingen in der Illegalität ist die Entrechtung total, sie können weder einen Arzt aufsuchen noch ihre Kinder zur Schule schicken. Flüchtlinge sind darüber hinaus auch noch von Rassismus betroffen. Sie bleiben die gesellschaftliche Gruppe, die stärker an den Rand gedrängt wird als andere. Sie sind die erste Kuh, die gefressen wird, an denen (un)soziale Maßnahmen als erstes ausprobiert und gesellschaftlich durchgesetzt werden. Wir meinen, dass es wichtig ist, diesen Zusammenhang zu erkennen, sich zu solidarisieren und Protest gemeinsam zu organisieren. Damit die Kritik an den aktuellen sozialen Angriffen nicht wohlstandschauvinistisch wird – und der Löwe am Ende alle frisst.

Geschichte der Arbeit und der Arbeitslosigkeit in Göttingen



„Arbeit“ betrifft (fast) alle, meist in der Form von Lohnarbeit, zumindest aber so, dass mit Hilfe von Arbeit der Lebensunterhalt verdient wird. Trotz verschiedener Versuche von wirtschaftsliberaler Seite, faktisch abhängig Beschäftigte zu scheinbar Selbstständigen „aufzuwerten“, sie damit zu ent-solidarisieren und zum Eingehen noch größerer Kompromissen zu nötigen, bleiben es doch Formen von Lohnarbeit, mit denen die Mehrzahl der Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten muss. Seit Jahrhunderten bildet für viele die abhängige Beschäftigung den einzig legitimen Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Arbeit spielt dadurch die entscheidende Rolle für den sozialen Status des Einzelnen und dient der Hierarchisierung der Gesellschaft. Arbeitslose Lebensformen werden dagegen verfehmt und wurden, sofern sie nicht auf Reichtum basieren, in Vergangenheit und Gegenwart vielfach illegalisiert.

Solche Überlegungen sowie der verstärkte Sozialabbau in den letzten Jahren, der den Abbau früherer lang und hart erkämpfter ArbeiterInnenrechte bedeutet, führte die Geschichtswerkstatt Göttingen dazu, sich eingehender mit der Geschichte der Arbeit, der Arbeitslosigkeit und der Verwaltung und Organisation der Arbeit in Göttingen und Umgebung zu befassen. Das Thema „Arbeit“ haben wir schon früher im Zusammenhang mit anderen thematischen Schwerpunkten betrachtet, etwa der Zwangsarbeit oder der Rüstungsindustrie im Nationalsozialismus, der Arbeitsmigration in der BRD oder der Frauenarbeit. In unserem aktuellen Projekt wollen wir jedoch der Bedeutung und Deutung von Arbeit im zwanzigsten Jahrhundert bis heute nachgehen. Ursprünglich stand vor allem die Geschichte des Arbeitsamtes in Göttingen, als uns allen vertraute Alltagsinstanz, im Zentrum des Interesses. Angesichts von Hartz IV und den Aktivitäten dagegen haben sich jedoch bereits erste Verschiebungen unserer Prioritäten ergeben.

Bei der Geschichtswerkstatt Göttingen arbeiten, übrigens mit ABM-Mitteln vom Arbeitsamt, seit Mitte Juni 2004 zwei wissenschaftliche Mitarbeiter zusammen mit einer „ehrenamtlichen“ Arbeitsgruppe an zwei inhaltlichen Schwerpunkten: die Spuren der

Arbeitsverwaltung in Göttingen vor 1945, und, mit stärkerem Gegenwartsbezug, die bundesrepublikanischen Entwicklungen von der Nachkriegszeit bis heute. Unsere ersten Recherchen haben bereits einige Erkenntnisse zur Geschichte der Arbeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsverwaltung gebracht, die wir kurz vorstellen wollen.

Aus der Tradition der wandernden Handwerksgelesen versuchte die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhunderts lange, den Arbeitsnachweis durch selbstverwaltete Büros in eigene Hände zu bekommen. Über eine Kontrolle des Zugangs zur Arbeit war es nämlich möglich, z.B. über sog. Zuzugswarnungen bestreikte Betriebe zu boykottieren und andernorts erkämpfte betriebliche Standards auch dort durchzusetzen. Als deren Gegenspieler und Vorläufer der staatlichen Arbeitsverwaltung wurden vor 1914 sog. kommunale Arbeitsnachweise gegründet. Sie befassten sich besonders mit der Bekämpfung der vor allem saisonal im Winter auftretenden Arbeitslosigkeit wandernder Industriearbeiter. Weil diese vom Bürgertum als Problem mit sozialer Sprengkraft wahrgenommen wurden, gab es ähnlich wie das „Werkhaus“ in Moringen auch in der Umgebung Göttingens weitere Arbeiterkolonien, in denen „Arbeitsscheue“ oder „Asoziale“ durch Arbeit „sittlich gebessert“ werden sollten. Erst der Krieg veranlasste den Staat, die Verwaltung der Arbeit den Kommunen abzunehmen und mit der folgenden Militarisierung der Arbeitswelt einen Krieg dieses Ausmaßes überhaupt erst führbar zu machen. Der Krieg ermöglichte das zuvor Undenkbare – der Staat „sozialisierte“ quasi über die enge Kontrolle durch das „Kriegsamt“ die Industriebetriebe, um sie auf die Zwecke des Krieges auszurichten. Entsprechend erfasste die im ersten Weltkrieg gebildete „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ auch die Arbeitnehmerseite und zog schließlich sogar Arbeitskräfte für den „vaterländischen Hilfsdienst“ heran.

Als nächste Station der Entwicklung ist die im Rahmen der Demobilmachung im November 1918 erlassene Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu nennen. Nicht zuletzt auf Betreiben der Arbeiter- und Soldatenräte setzten die Demobilmachungskommissare dabei auch durch, dass Frauen

und ausländische Arbeitskräfte, die in den letzten Kriegsjahren wesentliche Teile der Industriearbeit geleistet hatten, ihre Arbeitsstellen zu Gunsten deutscher Kriegsrückkehrer verlassen mussten. Die ersten Wirtschaftskrisen der Weimarer Republik begleiteten die Errichtung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung 1920 und die Neuorganisation der Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsnachweisgesetz von 1922. In vorher unbekanntem Ausmaß wurden bald auch Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten) bis hin zur Arbeitsverpflichtung (Pflichtarbeit) eingeführt. In Göttingen richteten Arbeitslose im Zuge solcher Notstandsarbeiten in den 20er Jahren etwa Erdarbeiten bei der Leineregulierung. Im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Ebertal, in der Nähe des Steinsgrabens, wurde zudem ein Arbeiterlager eingerichtet. Andererseits gab es seit den frühen 20er Jahren auch in Göttingen Initiativen, Versammlungen, Demonstrationen und Proteste von Erwerbslosen. Der Verein „Solidarität e.V. Göttingen“ gründete z.B. als Selbsthilfebetrieb für Arbeitslose die „soziale Bauhütte“, die ab 1923 das Gewerkschaftshaus „Volksheim“ und die Druckerei des „Göttinger Volksblattes“ im Maschmühlenweg ausbaute. Die erste Arbeitslosenversicherung wurde mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) im Jahre 1927 eingeführt, während in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau auch in Göttingen Selbstorganisation und Proteste der Arbeitslosen verstärkten. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten bauten diese die Kompetenzen von Arbeitsamt und Arbeitsverwaltung erheblich aus und gründeten verschiedene Organisationen, wie die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und den Reichsarbeitsdienst (RAD). Deren Katalog der Zwangsmöglichkeiten reichte von Dienstverpflichtungen über die Einweisung in Arbeitererziehungslager bis zur Zwangsarbeit. Wieder bildete der Faktor „Arbeit“ eine wichtige Grundlage für die Vorbereitung und das Führen eines verbrecherischen Angriffskrieges.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt im Projekt widmet sich zunächst dem Arbeits-

kräftemangel nach dem 2. Weltkrieg und der in den 50er Jahren einsetzenden Migration von angeworbenen Arbeitskräften aus ganz Europa. Stärker noch interessiert uns der Zeitraum ab Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als der Arbeitsmarkt vom Arbeitskräftemangel wieder einmal in die Massenarbeitslosigkeit kippte. Stichworte hierzu sind der Anwerbestopp, die Bildung von Arbeitsloseninitiativen, die Rationalisierungen infolge der zweiten industriellen Revolution (EDV), Streiks, Sozialabbau und Flexibilisierung. Später folgen die zunehmend prekärer werdenden Arbeitsverhältnisse und der erwähnte Abbau von Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Neben der aktuellen Diskussion um Lohn für Hausarbeit, Doppelbelastung, DoppelverdienerInnen ist seit kurzem die Verlängerung der Arbeitszeit im Gespräch, die wie ein Gespenst aus der industriellen Vorzeit und ohne Rücksicht auf die fortbestehende Massenarbeitslosigkeit propagiert wird. Schließlich spielen aber auch die allerneuesten Entwicklungen eine Rolle: Agenda 2010, Hartz IV und Montagsdemos, Soziale Zentren und Arbeitslosenfrühstück-Initiativen. Viele dieser Stichworte decken zum Teil große Zeiträume ab (so wird Sozialabbau z.B. seit den 70er Jahren kontinuierlich bzw. in immer neuen Kampagnen betrieben).

Darüber hinaus stellt sich die Arbeitsgruppe der Geschichtswerkstatt die Frage, welche Rolle die Arbeitsämter bzw. andere Institutionen staatlicher Arbeitsverwaltung für die Selbstorganisation der Arbeitslosen spielen. Welche Formen gibt es heute, welche werden wir in naher oder ferner Zukunft erleben? Wie und in welchen Situationen wurden Frauen und MigrantInnen „in Arbeit“ gebracht, wie wieder hinaus gedrängt? Wie wird die erwünschte Arbeit mancher Menschen illegalisiert und diese damit kriminalisiert und in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt?

Darüber hinaus wollen wir uns auch grundsätzlich mit dem Begriff „Arbeit“ beschäftigen, die ja hier und heute meist als notwendiges Übel, verbunden mit Mühsal und Plage, aufgefasst wird. Welche anderen Denkmodelle gibt es? Wie kann Arbeit Spaß machen? Wäre es vielleicht möglich, die Dauerkrise des Kapitalismus zu nutzen und den Faktor „Arbeit“ denen, die jetzt die Kontrolle darüber haben, etwa durch Selbstorganisation zu entreißen?

Um das alles und vieles mehr zu erforschen, erfahren und zu erörtern, haben wir in der Geschichtswerkstatt eine Arbeitsgruppe gegründet. Sie trifft sich inzwischen schon eine Weile, ist aber offen für neue Leute und wir freuen uns über alle, die mitmachen wollen. Wir treffen uns im sog. Bismarckhäuschen auf dem Wall (Bürgerstraße 27) am Donnerstagabend ein- oder zweimal im Monat um 20:15 Uhr. Bisher haben wir einige Texte diskutiert, wollen uns jetzt aber mehr der lokalen Praxis zuwenden. Kopiervorlagen der Texte könnt Ihr gerne in der Geschichtswerkstatt während der Bürozeiten (dienstags, 10-13 Uhr, und donnerstags, 15-17 Uhr) abholen. Am besten ruft einfach bei uns an (48 58 44), um Ort und Zeit für das nächste Treffen zu erfahren.

*Eine ArbeitsGruppe der
Geschichtswerkstatt Göttingen*

... und nun zum Sport:

Die Treffsicherheit von Argumenten, Aktionen und Agrarprodukten

Seit dem vergangenen Jahr verzeichnen die sozialen Proteste erfreuliche Zuwächse im Breitensport: Die Sparten Marathonwalking (sog. „Demos“) und öffentliches Umsonstbahnfahren erfuhren vor allem in Großstädten regelrechte Teilnahmerekorde; nur beim traditionellen Arbeitsniederlegen sind bedauerliche neue Tiefpunkte zu beklagen. Ob sich das bisher vor allem mit ostdeutschem Schwerpunkt ausgeübte Eierzielwerfen zur angesagten Trendsportart entwickelt, muss die Zukunft dagegen noch zeigen.

Aber wie steht Deutschland eigentlich im internationalen Kampf gegen den Wettbewerb da? Hier sind in den verschiedenen Bereichen neben Erfolgen leider große Defizite zu verzeichnen. Die Sparten im Überblick:

Demonstrieren

Seit der Berliner Großdemonstration am 1. November 2003 haben zahlreiche Menschen die Gelegenheit genutzt, bei ausgedehnten Massenspaziergängen das Gesundheitssystem zu entlasten: Nicht nur ist Bewegung an frischer Luft gesund, gleichzeitig beugt es auch Magengeschwüren vor, Wut gelegentlich mal öffentlich rauszulassen. Dagegen reichen die kosmetischen Zugeständnisse in der Umsetzung von Hartz IV, zu denen sich die Regierung in diesem Sommer gezwungen sah, in keiner Weise aus, um auch Mangelkrankheiten zu verhindern – hier wären weitere Ausdauer und Kampfbereitschaft gefordert.

Die schlechtesten Noten sind jedoch im allgemeinen Teamgeist zu verzeichnen – vor allem im weltweiten Bezug, aber auch im eigenen Land.

So lautet eine verbreitete Parole: „Wir sind das Volk“. Dabei sind internationale Erfolge nur durch eine weltweite Solidarisierung mit ähnlich gelagerten Protesten möglich, die dem miesen Spiel der Wirtschaft namens „Standortkonkurrenz“ etwas entgegensetzt. Stattdessen stellt die „Volks“-Parole schon mal alle ins Abseits, die nicht unter hiesigen, sondern unter mexikanischen, chinesischen oder noch miserableren Spielregeln den Bedingungen von Siemens, VW & Co. gerecht werden sollen. Und auch im eigenen Land leben Millionen Menschen, die üblicherweise nicht zum vielbeschworenen „Volk“ gezählt werden, dafür aber aufgrund von Rassismus und ausgrenzenden Gesetzen einen für die Wirtschaft hochprofitablen – oftmals inoffiziellen – Niedrigstlohnsektor bevölkern. Die deutsche Mehrheitsbevölkerung hilft tüchtig dabei mit, weiter an der Abwärtsspirale der Existenzbedingungen zu drehen, indem

sie nicht in der rassistischen Entrechtung, sondern in deren Opfern die Ursache von Lohndumping sieht.

Wir wollen aber nicht grundsätzlich vom Langstreckenwalking abraten. Das sportliche oder aber unsportliche Abschneiden hängt schließlich davon ab, mit wem und welchen Parolen man antritt. Unser Tipp der Saison: Der Nürnberger Run auf die Bundesagentur für Arbeit am 6. November 2004: Hier bietet sich die Möglichkeit, auf der linken Bahn unter dem Banner „Das Ende der Bescheidenheit – Wir wollen alles!“ anzutreten.

Aneignen

Noch immer eine echte Individualsportart, die aus nahe liegenden Gründen zumeist nicht öffentlich ausgetragen wird. Angesichts der rasanten Verarmung kann sie in die Kategorie „Selbstverteidigung“ eingeordnet werden. „Ladendiebstahl hat Hochkonjunktur“ meldete kürzlich der Göttinger Extra-Tip. Das entlastet immerhin die eine oder andere Haushaltskasse und schafft Arbeitsplätze in der Sicherheitsbranche.

Inzwischen gibt es zudem den erfreulichen Trend zum öffentlich betriebenen Massensport.

Hauptaustragungsort waren im vergangenen Jahr die U- und S-Bahnen der Berliner Verkehrsbetriebe. Diese haben in letzter Zeit durch steigende Fahrpreise, rabiate Kontrollen und die Verteuerung des Sozialtickets ins Unbezahlbare von sich reden gemacht. Deshalb wurden die landesweit ersten Umsonstfestspiele dieses Jahrhunderts ausgerufen: Die Kampagne „Berlin umsonst“, später auch das Bündnis „ACT!“, luden die NutzerInnen des Nahverkehrs wiederholt zum öffentlichen Schwarzfahren ein; fürsorglich wurde für mögliche erhöhte Teilnahmegebühren eine Gemeinschaftskasse gebildet.

Aber auch andere Güter und Dienstleistungen eignen sich als Trainingsobjekte für die Umverteilung: In Kassel fanden Kleidungsstücke ihren kostenlosen Weg von H&M zu PassantInnen der Fußgängerzone, in einigen Städten gab es Versuche, leerstehende Gebäude als Soziale Zentren zu nutzen, ein Ikea-Ausstellungsraum wurde einen Nachmittag lang zum kostenlosen Wohnen genutzt.

Aber auch hier wieder: Punkterückstand in der internationalen Wertung. Zugegeben: Es müsste noch viel Anstrengung aufgewendet werden, um zum Spitzenreiter Argentinien aufzuschließen: Hier schritten im Zuge der Wirtschaftskrise nicht nur ganze Stadtteile zur Aneignung von Supermarktwaren,

es wurden sogar komplette Fabriken in die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen überführt.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass das Aneignen zu den Risikosportarten zählt: Das berühmte Team Green, Kameras und Ladendetektive sorgen oft für mehr Nervenzickel, als den AthletInnen lieb ist. Hier sind manchmal gute Leistungen im Kurz- und Mittelstreckenlauf gefordert. Vor allem aber gilt das olympische Motto: No risc, no fun!

Streiken

Aufgrund der Kampfklimatestrophe fiel die Saison in Deutschland fast gänzlich aus, das Formtief der Gewerkschaften erreichte einen neuen Negativrekord. Ein trauriges Bild bot sich bereits auf Bundesliganiveau: Böse Fouls an den eigenen KollegInnen statt organisiertem Mannschaftsspiel. Mit Schaudern erinnern sich die Fans der IG Sportsfreunde Metall an die skandalöse Blutgrätsche des eigenen Kapitäns, die den Vorstoß der ostdeutschen Mitspieler zu Fall brachte.

Auch für die kommende Saison ist keine Besserung zu erwarten. Die Kampfansage der AG Auto/Gesammetall unter National-Trainer Peter Hartz hat auf der Gegenseite nicht etwa zur Verstärkung der Abwehr und solidarischen Zusammenspiel geführt; stattdessen tappt man noch immer in jede aufgestellte Standort- und Arbeitsplatzfalle. Selbstorganisation der SpielerInnen jenseits unsinniger Traineranweisungen gibt es kaum, einzig Schwarzrot FAU konnte hier einige Punkte erzielen.

Ein Ausweg aus dem desaströsen Abschneiden könnte die Internationalisierung der Arbeitskämpfe sein: So wäre eine Verstärkung durch Kräfte aus Portugal oder Italien ratsam, wo man auf eine lange Tradition in der taktischen Variante „Generalstreik“ zurückblickt.

Letztlich wird man jedoch um eine grundsätzliche Änderung der Regeln nicht herumkommen. Während sich einerseits das organisierte Streiken im Dauertief befindet, steigt die Zahl der am unfreiwilligen Nichtarbeiten Beteiligten. Das Regelwerk müsste also dringend zu Gunsten einer gerechten Be- und Entlastung der MitspielerInnen umgestellt werden: Weg von der Arbeitsfixierung, hin zu mehr Freizeit. Halten wir es mit dem Schlachtruf aus der Südkurve der Glücklichen Arbeitslosen: „Es ist genug Arbeitslosigkeit für alle da!“

Zielwerfen

Eine traditionelle Disziplin, in den letzten Jahren aber stark vernachlässigt. Erst in den letzten Monaten ist eine Wiederbele-



bung zu verzeichnen: Insbesondere in den östlichen Landstrichen wurden Politiker regelmäßig mit tief fliegenden Unmutsbekundungen konfrontiert.

Eine Schwäche der WerferInnen ist deutlich: Kein einziger Volltreffer – hier rächt sich die mangelnde Übung. Internationale Vergleiche wären in dieser Sparte allerdings unfair, da die Wahl des Sportgeräts regional stark variiert: So hat etwa der in Griechenland beliebte Joghurt einfach eine größere Streuweite und damit auch Trefferwahrscheinlichkeit als das in Mitteleuropa übliche Hühnerei.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die beabsichtigte Aussage auf diese Weise nur unspezifisch ausgedrückt werden kann. Insbesondere wird die falsche Vermutung begünstigt, einzelne Personen seien für die gesellschaftlichen Zustände verantwortlich.

Diese Gefahr lässt sich vermeiden, wenn nicht Personen, sondern Institutionen als Zielscheibe dienen. So nutzte ein anonymes Team im Vorfeld der Berliner Großdemonstration am 1. November 2003 die Fassade der International Organisation for Migration (IOM) für Farbbeutel-Zielübungen. Die IOM ist eine privatrechtlich organisierte Institution, die weltweite Wanderungs- und Fluchtbewegungen den wirtschaftlichen Vorgaben gemäß steuert – die politische Zielsetzung des nächtlichen Wurfespektakels dürfte deutlich sein.

Warnhinweis: Gemäß staatlichem Regelwerk (sog. „Strafgesetzbuch“) kann die Ausübung dieses anspruchsvollen Sports mit Sanktionen von Geldbußen bis hin zu Auszeiten belegt werden; ähnlich wie bei anderen Extremsportarten sind auch hier Verantwortungsgefühl und Risikobewusstsein unabdingbar.

Fassen wir zusammen: Der soziale Breitensport hat in letzter Zeit starken Zulauf erfahren. Nun muss es darum gehen, ihn weiter zu verankern und vor allem die Qualität zu stärken. Verbesserungen in argumentativer Reichweite, Zielsicherheit und Kampfkraft sind ebenso nötig wie die Arbeit am sträflich vernachlässigten internationalen Zusammenspiel.

Für sportlich Interessierte bietet die Antifaschistische Linke International [A.L.I.] im Rahmen des Innenstadt-Aktionstags ein am neuesten Stand der Dialektik orientiertes Trainingsprogramm: 16. 10. 2004, ab 11.00 Uhr am Markt.

A.L.I. -Antifaschistische Linke International

Ist NutziGem die Revolution?

Vorstellung der Idee von NutzerInnengemeinschaften



Die für größere Kreise der hiesigen Gesellschaft fetten Jahre sind vorbei. Sozialstaatliche Absicherungssysteme werden in atemberaubendem Tempo zerstört. Von Seiten der Gewerkschaften und vieler Wohlfahrtsverbände wird darauf in aller Regel mit einem grotesk und hilflos anmutenden Mix reagiert, mit der Forderung nach Wiederherstellung des alten Zustands und simplem Mitmachen, denn wer noch ein paar Brotkrumen abbekommen will, darf nicht aufmucken. Wir möchten hier eine andere Idee vorstellen.

Was ist eine NutzerInnengemeinschaft (NutziGem)?

NutzerInnengemeinschaften sind eigentlich etwas ganz Alltägliches, allgemein Bekanntes und Übliches: Nachbarschaftshilfe, Freundes- und Bekanntenkreise, viele Familien sind Personenkreise, die etwas gemeinschaftlich nutzen. Fast überall, wo man sich kennt, wird etwas gemeinsam genutzt, ausgeliehen, vervielfältigt, verschenkt, dauerhaft zur Verfügung gestellt, sich gegenseitig beigebracht und geholfen usw. Alles kann in solchen NutziGems landen, d.h. einerseits natürlich Gegenstände (die Bohrmaschine, der Eiscrusher...), dann aber auch Strukturen (das Gästezimmer, der Internetzugang...) und häufig auch Fertigkeiten und Wissen (Computerkenntnisse, Umzugshilfe...).

Hier kommt nun unser Ansatz ins Spiel: Von der praktischen Seite her ist wichtig, dass wir einen definierten und größeren Raum schaffen, in den Suchanfragen gezielt gerichtet werden können. Dies erhöht die Chance, tatsächlichen Zugang zu Ressourcen zu finden. Von der emanzipatorischen Seite her geht es uns um die Aufhebung der üblichen Tausch- oder Marktlogik oder zumindest um die Schaffung eines gewissen Potentials für Selbstbestimmung und Tauschwerteliminierung. Es geht uns um zwei Ziele, die sich nicht voneinander trennen lassen: Ein materiell besseres Leben für alle und den gleichzeitigen Aufbau von sozialen Gefügen, die tragfähig sind. Wichtig ist dabei nicht nur das gemeinsame Wirtschaften und der Austausch an sich, sondern auch, dass dies ganz bewusst mit diesen beiden Zielen getan wird. Es geht letztlich um nichts Geringeres als die schrittweise Aufhebung des Zwangs, sich in fast allen Bereichen des Lebens den Gesetzen des Markts unterwerfen zu müssen. Stattdessen wollen wir uns unsere Leben gemeinsam Stück für Stück wieder aneignen.

Die Gründung einer NutziGem ist niederschwellig, denn anders als z.B. in einer Kommune, können alle selbst bestimmen, wieviel sie zu welchem Zeitpunkt von ihrem persönlichen Besitz, Zeit, Können, Wissen, Leben einbringen möchten und können dies auch immer wieder verändern. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet

das, dass alle alles können, aber niemand etwas muss. Es versteht sich dabei allerdings von selbst, dass ohne ein gewisses Maß an Verbindlichkeit keine NutziGem funktionieren kann: freiwillige Verbindlichkeit ist Voraussetzung. Ein wichtiger Bestandteil einer NutziGem ist das regelmäßige Gruppentreffen, auf dem alles Wichtige besprochen wird wie z.B. aufgetauchte Probleme, gemeinsame Neuanschaffungen, für alle verbindliche Regelungen. NutziGems schaffen alltägliche soziale Strukturen, die uns helfen können, die in der heutigen Gesellschaftsform grassierende Vereinzelung und Konkurrenzsituation aller gegen alle zu überwinden.

Inwiefern ist die Idee NutziGem politisch? Ist NutziGem die Revolution?

Formen gemeinsamer Nutzung oder allgemein von Selbstorganisation sind eigentlich eine super Sache. Sie ermöglichen einen hohen Lebensstandard und mehr Freiheit, weil sie ohne Geld funktionieren und die Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt verringern. Und solche Formen von Selbstorganisation sind zugleich utopisch, denn sie weisen auf eine andere Art und Weise gesellschaftlicher Organisation hin. Sie können Keimform für eine andere Welt sein, in der man auf der Basis von individuellen Vereinbarungen zu einem selbstbestimmten Leben kommt und in der zugleich eine gesellschaftliche Organisation vorherrscht, in der gemeinsame Ziele herrschaftsfrei verabredet und umgesetzt werden können. Mit dem Entstehen von NutziGems soll ein solcher Anfang gemacht werden. Diese Gemeinschaften sollen eine alltägliche materielle und auch soziale Basis schaffen, mit der man sich langsam, aber stetig einer anderen Welt nähern kann und die NutziGems sollen dafür auch eine gewisse politische Ausstrahlung entwickeln. Man kann auch ohne irgendwelche weitergehenden Überlegungen und Ziele in einer NutziGem sein, einfach weil es praktisch ist. Man könnte NutziGems auch streng nach dem Tauschprinzip organisieren, dann ändern sie am Üblichen überhaupt nichts. Herrschaft lässt sich nicht durch Ressourcennutzungs-Gemeinschaften abschalten, sondern nur durch einen nicht endenden Lern- und Kampfprozess abwickeln. Aber die Idee NutziGem hat eine Tendenz, sie legt nahe, Kooperation auszubauen, Abhängigkeiten und Dominanzen zu reduzieren und damit gemeinsames, zielorientiertes Handeln auf der Basis zunächst individueller Wünsche und Bedingungen zu erzeugen – also den Lern- und Kampfprozess voranzutreiben: NutziGems gibt es, weil sie besser sind als das Übliche.

NutziGems bleiben aber nicht bei den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Mitmachenden stehen, im Prinzip ist die Idee NutziGem Grundlage für eine utopische Gesellschaft ohne Herrschaft und Tauschwert. Sie kann eine Perspektive für immer mehr Menschen werden, sich dem Leistungs- und Verwertungszwang zu entzie-

hen und ihre neu angeeignete Lebenszeit in den Aufbau kollektiver Sozialstrukturen einzubringen – oder auch einfach mal auszu-pennen und danach ein gutes Buch zu lesen. Die Beteiligten können mit der Zeit feststellen, dass sie gemeinsam weiter kommen, dass sie gemeinsam einen besseren Wohlstand erreichen können, schlauer werden, wenn sie Wissen teilen, immer weniger ihrer Lebenszeit für Geld verkaufen müssen, dass es gemeinsam einfach mehr Spaß macht. Alle können bei diesem Umdenken ihr eigenes Tempo wählen, keineR wird in ein Zwangskollektiv gepresst. Der Weg von gemeinsam genutzten CDs bis zum ersten gemeinsam bewirtschafteten Gemüsegarten ist nicht weit. Vielleicht findet sich nach einiger Zeit auch jene Landwirtin in der Gruppe ein, die leckeres und gesundes Futter anbaut. Ab diesem für alle glücklichen Tag macht sie immer wieder mal ein paar Tage frei und fährt mit dem Kabrio der Gruppe an die See, während der größere Teil der Gruppe zwischen den Möhren die Hacke schwingt. Diese müssen dafür aber viel weniger Nahrungsmittel einkaufen und können sich nun nach einem Halbtagsjob umsehen. Grundsätzlich sind von der Idee her einer gemeinwirtschaftlichen Organisation auch im Produktionsbereich keine Grenzen gesetzt.

Allerdings liegt es sehr nahe, dass sich die NutziGems in absehbarer Zeit gemäß der sozialen Schichtung entwickeln werden. Es wird solche geben, die über tolle Dinge und Expertenwissen verfügen, andere werden mühsam versuchen müssen, ihre Armut gemeinsam in den Griff zu bekommen. Was ist zum Beispiel, wenn „Nicht-Deutsche“ nur schwer irgendwo Aufnahme finden? Auch innerhalb einer Gemeinschaft können sich leicht Hierarchien einschleichen, wenn z.B. Einzelne aufgrund ihres Selbstbewusstseins immer ihre Probleme auf der Versammlung vorbringen, andere lieber damit zurück halten? Der emanzipatorische Lern- und Kampfprozess kann wegen der Gründung einer NutziGem also nicht abgeblasen werden.

Das Konzept NutziGem ist im Gegensatz zur Forderung nach Wiedererrichtung eines nationalen Sozialstaats vorwärtsgewandt, denn eine sich ausbreitende Gemeinwirtschaft, verbunden mit einer Diskussion um Bildung für alle und über Produktionsbedingungen, schafft nicht einen regional begrenzten Wohlstand auf Kosten vieler anderer Regionen dieser Welt.

Die hierarchielose Gesellschaft beginnt im Alltag

Deshalb befindet sich auch eine erste NutziGem in Göttingen im Aufbau. Wir legen großen Wert auf eine soziale Nähe, deshalb haben wir beschlossen, uns im Freundes- und Bekanntenkreis zu vergrößern. Wir möchten aber viele Menschen mit unserer Idee anstecken und sind gerne bereit, beim Aufbau weiterer NutziGems mit unseren Erfahrungen Hilfestellung zu geben und uns auch gegebenenfalls zu vernetzen.

Soziales Zentrum Göttingen

Interessierte und Neugierige können uns per E-Mail über das Soziale Zentrum Göttingen erreichen:

soziales-zentrum-goettingen@web.de. Hierüber ist auch eine ausführliche Version dieses Textes zu bekommen.

Hartz und Fraatz – No Pasaran!

Was mit Hartz IV bevorsteht, geht einigen noch nicht weit genug. Beispielsweise Manfred Fraatz aus Göttingen. Er macht Menschen zu Kostenfaktoren und will sie abschieben – egal wohin.



Seit mehreren Jahren versuchen Ausländerbehörden in vielen Städten, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, die seit bis 20 zu Jahren hier leben, abzuschicken – und zwar in die Türkei. In Northeim sind davon 120 Menschen betroffen, die meisten – ungefähr 70 – sind Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind.

Am 10. August 2004 erreichte diese Abschiebepolitik Göttingen: Unangekündigt erschienen morgens um halb acht zwei Polizisten vor dem Haus der Familie Saado in Ossenfeld, Landkreis Göttingen. Sie wollten den kranken Vater der Familie zur Abschiebung in die Türkei abholen. Weil die Familienmitglieder sich dagegen wehrten, wurden 15 Beamte aus Göttingen zur Verstärkung geholt. Sie nahmen den Vater mit. Auf dem Flughafen brach der Vater zusammen und musste ins Krankenhaus – damit war die Abschiebung vorerst gescheitert. Einen Monat später erschienen erneut acht Streifenwagen morgens vor dem Haus der Familie. Auch dieser Abschiebeversuch schlug fehl. Die Ausländerbehörde machte damit deutlich, Herrn Saado auch trotz Krankheit abschieben zu wollen.

Dem 10. August waren Klageverfahren und Verhandlungen der Anwälte mit der Behörde vorausgegangen. Sie blieben ohne Erfolg. Die Familie würde zu viel kosten, begründete die Ausländerbehörde des Landkreises die Abschiebung. Sachbearbeiter für die Familie ist Manfred Fraatz beim Landkreis Göttingen. Fraatz folgt damit der Argumentation, die bereits vor drei Jahren in Bremen Behörden gegen die dort lebenden 530 libanesischen Bürgerkriegsflüchtlinge angewendet hatten: Der Rechnungshof der Stadt errechnete, wie viel Sozialleistungen (Kindergeld und Sozialhilfe) an die Familien ausgezahlt werden, rechnete die Abschiebungskosten dagegen und die potenti-

ellen Einspareffekte bei „erfolgreicher“ Durchführung der Abschiebungen. Das Ergebnis der Aufrechnung und Reduzierung menschlicher Leben auf Kostenfaktoren: Die Bremer Abschiebegruppe bekam zusätzliches Personal, finanziert aus den erhofften Einsparungen des Sozialressorts. Diese Rechnung wurde allerdings ohne den dann einsetzenden Widerstand der Flüchtlinge und solidarischer Menschen und Gruppen gemacht: Die Betroffenen, UnterstützerInnen, ganze Schulklassen gingen auf die Straße und organisierten – wie auch später in Northeim – über Jahre Protest und Widerstand gegen die Abschiebungen. Die Rechnung in der Logik der Abschiebungstechnokraten ging nicht auf.

Doch zurück nach Göttingen: Die Familie Saado floh Mitte der 80er Jahre aus dem libanesischen Bürgerkrieg und lebt seit nunmehr 19 Jahren in der BRD. Die Mutter ist Libanesin und der Vater bis vor kurzem „ungeklärter Staatsangehörigkeit“. Seine Geschichte: Im Alter von drei Jahren, nach dem Tod seiner Eltern in der Türkei, fand er Aufnahme bei einer libanesischen Familie in Beirut. Seine Vorfahren hatten als arabische Minderheit im kurdischen Teil der Türkei gelebt, und wie die Angehörigen anderer Minderheiten waren sie der Repression des nationalistischen türkischen Staates ausgesetzt. Viele dieser arabischen Familien migrierten deshalb seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in den Libanon. Aus dieser Zeit stammen Eintragungen in türkischen Personenstandsregistern, denen nun der Vater zugeordnet wird. Um ihn abschieben zu können, wurde sein arabischer Name durch die Ausländerbehörde in einen türkischen Namen geändert. Das gleiche gilt für seine Kinder, auch sie haben neue türkische Namen bekommen. Nach dem Willen der Behörde soll die Familie zum

Teil in die Türkei, zum Teil in den Libanon abgeschoben werden, und einige der erwachsenen Kinder können wahrscheinlich hier bleiben.

An den libanesischen Flüchtlingen in Northeim, Essen, Bremen, Berlin und Göttingen wurde in den vergangenen Jahren durchexerziert, welche Instrumente gegen

Die Initiative Bleiberecht ruft dazu auf, gegen die Abschiebungen in Northeim und Göttingen aktiv zu werden. Sobald eine Abschiebung bekannt wird, soll der Widerstand der Flüchtlinge dagegen unterstützt werden. Beteiligt euch an der Telefonkette: mit einer Nachricht an die Initiative Bleiberecht, entweder c/o Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen oder: initiative.bleiberecht@gmx.net Infos: www.libasoli.de

„unerwünschte“ Gruppen zum Einsatz kommen können. Ihre gesundheitliche Versorgung wurde eingeschränkt, sie bekamen Gutscheine, Arbeits- und Ausbildungsverbot, zwangsweise neue Namen und wurden öffentlich als „Asylbetrüger“ stigmatisiert. Es gab willkürliche Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Strafanzeigen, Zwangsvorfürungen zum türkischen Konsulat; und immer wieder erlebten sie Beschimpfungen und Schikanen von den Sachbearbeitern der Behörden.

Dieser Angriff auf die Rechte einer ausgemachten Gruppe von Menschen hier geht uns alle an. Im Kampf gegen den allgemeinen Sozialraub gehören die Forderungen derer, die am meisten und als erste von der staatlichen Ausgrenzungs- und Entrechtungs politik betroffen sind, an die Spitze. Dazu braucht es die Entwicklung einer Praxis, die auch diese

Entrechtung zurückdrängt. Das bedeutet, gezielt da zu intervenieren, wo die Techniken der Ausgrenzung und Entrechtung durchgesetzt werden, wo sie ganz praktisch in unser Leben eingreifen: als Ausbeutung durch Dumpinglöhne, als Leistungskürzung, als Arbeitszwang oder Arbeitsverbot, als zunehmende Kontrolle, als behördliche oder Polizei-Maßnahme...

Praktisch könnte das heißen: früh Aufstehen, die Abschie-

bung um sechs verhindern und gestärkt nach dem Frühstück im Arbeitsamt zum Go-In in die Ausländerbehörde oder das Sozialamt.

Verhindern wir die Abschiebungen! Kippen wir Hartz IV!

Hartz und Fraatz zum Teufel!

Gleiche Rechte für Alle – kein mensch ist illegal!

antirassismusplenum göttingen

Widerstandswerkstatt in Göttingen (JuzI)

23.-24.10.2004



Kommunikationsguerilla, kreative Bio-Subversion, Vermittlungsstrategien für Aktionen, Grundlagen in Selbstverteidigung, effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Blockade-Einmaleins, Repressionsschutz, Fake-Ausstellung zum Schmunzeln und zur Inspiration, hierarchiearme Entscheidungsfindungsprozesse, Lebensmittelbeschaffung, Alarmlisten und Netzwerke, verstecktes Theater, sicherer Computer und spurenfreies Briefe schreiben, Farbbeutel und -eier, Text-Archive, alternativer Stadtrundgang, Vokü für EinsteigerInnen, kreative Anti-Repression, NutzerInnengemeinschaften, Demo-Erste-Hilfe, alles über Sprühschablonen, ...

Solidarische Aneignung widerständiger Praxis

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Stärkung des emanzipatorischen Widerstands in Göttingen weiter voranzutreiben. In Zeiten, in denen die Handlungsspielräume für ein solidarisches, selbstbestimmtes Leben immer enger werden, in denen die herrschende Gleichgültigkeit gegenüber Ausgrenzung und Normierungszwang die Luft zum Atmen abschneidet, in denen unsere Gruppen und Projekte sich in Nischen wiederfinden und in denen die Repressionsschraube immer enger angezogen wird, in diesen Zeiten bündeln wir unsere Kräfte.

Im Rahmen der Widerstandswerkstatt können wir uns gegenseitig Fertigkeiten, Wissen, Diskussionsergebnisse, Tricks und Kompetenzen für eine widerständige Praxis vermitteln. Dadurch wollen wir aber nicht zu einem konturlosen Bewegungsbrei verschmelzen. Im Gegenteil. Indem viele linke Gruppen und Einzelpersonen ihre Erfahrungen zu einem gegenseitigen Austausch beisteuern, tun wir selbst erst einmal das, was u.a. ganz oben auf unserer To-Do-Liste

steht: Solidarische Aneignung – und zwar umsonst! Das Ergebnis eines solchen Prozesses ist dann so simpel wie auch hoffentlich bald spürbar: Die widerständigen Handlungskompetenzen jeder und jedes Einzelnen, die ihr/ihm für eine emanzipatorische Praxis zur Verfügung stehen, sind nach der Widerstandswerkstatt größer als vorher.

Direct action und Selbstorganisation

Die Themen und Inhalte der Widerstandswerkstatt hängen davon ab, was ihr beisteuert. Dabei kann es um jegliche Form von direct action, aber auch die vielen Aspekte der Selbstorganisation gehen. Denn widerständige Praxis meint nicht nur, wie und mit welchen Mitteln wir in konzentrierten Aktionen oder aus Alltagssituationen heraus auf den verschiedenen Ebenen gegen Zwänge, Übergriffe oder anti-emanzipatorische Institutionen direkt vorgehen. Genauso wichtig ist es auch, jenseits der herrschenden Modelle eine Praxis zu entwickeln, wie wir hierarchiekritisch und solidarisch miteinander umgehen können und dabei diejenigen Probleme im Blick haben, die wir als Systemfehler bekämpfen.

Und das alles im Open Space

Für die Widerstandswerkstatt stehen uns die Räume des JuzI zur Verfügung. Es liegt dann an uns, sie nach unseren Ansprüchen zu nutzen. Der Ablauf wird also so wenig wie möglich verregelt oder in unnötig starre Strukturen gegossen. Ein vorher fertiges Programm gibt es nicht. Statt dessen setzen wir bei der Durchführung der Widerstandswerkstatt auf Transparenz, Flexibilität und vor allem auf unsere Interessen. Konkret heißt das, wenn Leute Workshops anbieten, Fertigkeiten vermitteln, eine Ausstellung usw. machen wollen, dann tun sie das ein-

fach. Und wenn Leute irgendwo mitmachen oder etwas ausprobieren wollen, dann tun sie das auch einfach. Wichtig ist nur, dass alle wissen, wo wann was angeboten wird. Dazu wird es im JuzI an verschiedenen Stellen Infowände geben, an denen alles Wichtige festgehalten werden kann. Auf diese Weise können wir sowohl die Interessen jeder und jedes Einzelnen, als auch die zur Verfügung stehende Zeit und die Nutzung der Räume koordinieren. Bringt also mit, was euch interessiert oder interessant für andere scheint.

HGF (Häufig Gestellte Fragen):

Kann ich auch vorbei kommen, wenn ich selber nichts vorbereitet habe?

Ja. Es gibt sicherlich genug, was du dir anschauen, ausprobieren oder vielleicht im Laufe der Tage noch entwickeln kannst. Auf jeden Fall mal vorbeischaun.

Wie mache ich deutlich, dass ich einen Workshop anbieten will, oder wo kann ich Sachen abstellen, die andere Leute vielleicht interessieren könnten?

Das erklärt sich hoffentlich alles von selbst, wenn du erst mal da bist. Es wird Übersichtspläne für die Räume geben, Infowände, an denen Workshops verabredet werden können, andere Leute, die auch da sind usw. Wenn du vorher schon mitteilen möchtest, was du vielleicht anbieten willst: widerstandswerkstatt@gmx.net

Woher weiß ich, ob das, was ich vermitteln/anbieten könnte, überhaupt zur Widerstandswerkstatt passt und jemanden interessiert?

Open Space bedeutet, dass du es einfach ausprobieren musst. Und inhaltlich steht durch die Themen direct action und Selbstorganisation ja das ganze Spektrum emanzipatorischen Widerstands offen...

Und wenn der Staatsschutz auftaucht?

Dann werden wir uns mit ihm auseinandersetzen. Generell sollte sich aber jede und jeder gut überlegen, was sie wie vorstellt, herstellt oder wozu sie anleitet. Und Schaden für unser JuzI sollten wir auf jeden Fall vermeiden!

Muss ich Verpflegung mitbringen, oder ist alles vor Ort?

Die Leute aus der Vorbereitungsgruppe werden hoffentlich genug zu essen und zu trinken für alle organisiert haben. Aber wie toll wird es, wenn auch noch andere was Leckeres mitbringen?

Wer veranstaltet die Widerstandswerkstatt?

Veranstaltet wird die Widerstandswerkstatt von denen, die kommen. Im Vorfeld wurde die Widerstandswerkstatt von Leuten vorbereitet, die aus verschiedenen Göttinger Gruppen und Zusammenhängen zu den (z.B. in der gödru) angekündigten Vorbereitungstreffen gekommen sind.

Wann: Samstag, 23.10.04, 15:00 Uhr bis zum Chill-Out

Sonntag, 24.10.04, ab 9:00 Uhr (mit gem. Frühstück)

Wo: JuzI (Jugendzentrum Innenstadt, Bürgerstraße 41)

Nazis und Soziale Frage

Sie erleben eine Renaissance, die Montagsdemos. Damals wie heute sind diese Proteste sehr heterogen. Vor 15 Jahren gewann der deutsch-nationale Flügel bei den Protesten schnell die Oberhand. Insbesondere in vielen ostdeutschen Städten ist dies mittlerweile bei den Protesten gegen Hartz IV wieder so.

Die beliebteste Parole lautet erneut: „Wir sind das Volk“. Und was viele BürgerInnen damals damit im nationalen Einheits- taumel meinten, erfuhren diejenigen, die nicht zum „Volk“ gehörten. Insbesondere Flüchtlinge und MigrantInnen, aber auch andere Menschen, die den deutschen Ver- hältnissen zu „undeutsch“ waren. Rostock, Mölln, Solingen, Hoyerswerda stehen für die Konsequenzen dieses deutsch-nationalen Taumels. Umso erschreckender, dass sich neben Neonazis und SpießbürgerInnen auch sich links gebende Gruppierungen positiv auf diese Parole beziehen.

Um Neonazis künftig von den Protesten auszuschließen, initiierten linke Agenda 2010-GegnerInnen einen Aufruf, in dem sie forderten, Flüchtlinge und MigrantInnen in die Proteste miteinzubinden, da diese am Stärksten unter dem Sozialabbau zu leiden hätten. Einerseits ist diese Analyse natür- lich vollkommen richtig, andererseits stellt sich aber die Frage, ob die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und MigrantInnen der ein- zige Unterschied zwischen linkem und rechtem Widerstand gegen die Agenda 2010 sein kann. Im Folgenden soll dargestellt werden, dass die gegenwärtige deutsche Gesell- schaftsformation den Nazis bei der Sozialen Frage sehr entgegen kommt und ferner soll deutlich gemacht werden, warum eine Ra- dikale Linke, die es mit ihrer Gesellschafts- und Systemkritik ernst meint, die Kritik an Volk, Nation, Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt (nicht nur) bei der Sozialen Frage stellen muss. Was nicht bedeuten kann, dass sie diese ignorieren darf, „nur“ weil sie auch für Nazis Anknüpfungspunkte bietet, allerdings unter Beachtung der ge- nannten Prämissen.

Soziale Frage zur rechten Zeit

Die Analyse der gegenwärtigen Situati- on durch die extreme Rechte in Deutsch- land ist ganz eindeutig: „Die Stimmung im Land nähert sich einem vorrevolutionären Sie- depunkt“¹, konstatiert die rechtsextreme Zeitschrift „Nation & Europa“. Und die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ frohlockt: „Wann hat die hiesige nationale Opposition nach dem Katastrophenjahr 1945 jemals eine solche Chance gehabt, auf die Meinungsbildung ihres Volkes Einfluss zu nehmen? Niemals seit Kriegs- ende fiel die Forderung nach einer sozial gerech- ten Volksgemeinschaft auf so fruchtbaren Bo- den wie in diesen Tagen“². Die großen Erfol- ge bei den letzten Wahlen bestätigen leider nur allzu gut, dass ihre Forderungen auf ei- nen fruchtbaren Boden fallen.

Der entscheidende Bezugspunkt für ihre wirtschaftspolitischen Thesen ist (nicht nur) bei Neonazis die deutsche Nation. In die- sem Kontext kann die extreme Rechte mit ihren Programmen auf doppelte Weise den Trend der Gesellschaft, als auch die Inhalte bei vielen Protesten gegen den Sozialabbau nutzen: Auch von bürgerlichen und vermeintlich linksliberalen Menschen wird die Soziale Frage mit nationaler, deutschtümeln- der Rhetorik beantwortet. So forderte einst

der frühere Chef der „linken“ IG Metall, Zwickel, eine Begrenzung der Zuwanderung, „um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und den sozialen Sprengsatz zu entschärfen“. Gewerkschafter der IG Bau setzten dies 1997 bei einer Demo gegen Schwarzarbeit und Billiglöhne auf ihre Art um und starteten an den Baustellen zu den Regierungsneu- bauten eine Hetzjagd nichtdeutsche Arbeit- nehmerInnen. Dies macht deutlich, dass durch die extreme Rechte so zugleich an den „normalen“ Nationalismus eines jeden Bür- gers angeknüpft werden kann, der in den Debatten um die Globalisierung eher noch verschärft als abgeschwächt wird, und durch die Verwendung von „antikapitalistischen“ Parolen die Unzufriedenheit über Sozialab- bau kanalisiert werden kann. Als vermeint- liche Lösung wird das Konzept „Volksgemeinschaft“ dargestellt, welches sowohl den positiven Bezug auf die Nation aufgreift, als auch die soziale Sicherheit des Einzelnen zu gewährleisten scheint.

Antikapitalismus von Rechts?

Der Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus und die Propagierung eines dritten Weges war schon zu Zeiten der NSDAP, zumindest in der „Bewegungs- phase“, Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie.

Dazu muss erwähnt werden, dass alte und neue Nazis unter Kapitalismus etwas grund- legend anderes verstehen, als er in linken, aber auch bürgerlichen Debatten diskutiert wird. Für Nazis ist Kapitalismus ein „Miss- brauch des Kapitals“ bzw., wie es einst Goebbels formulierte, „die unsittliche Vertei- lung von Kapital“³. Gegen den Marxismus gewandt machen Nationalsozialisten immer sehr deutlich, dass Kapital und Kapitalismus zweierlei seien. Somit sei nicht das Kapital an sich bekämpfenswert, sondern erst der als „Missbrauch des Kapitals“ beschriebene „Ka- pitalismus“. Die nationalsozialistische Ideo- logie identifiziert mit dem „Kapital“-Begriff somit nicht ein bestimmtes gesellschaftli- ches Verhältnis, sondern die stofflichen Pro- duktionsmittel. „Nicht die Tatsache, daß es Fabriken, daß es Bergwerke gibt, ist Schuld an unserer Not, sondern die Art und Weise, wie sie gegen das Volkswohl verwaltet und ausge- beutet werden“⁴. Da passt die Parole: „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir“⁵, die die Exi- stenz eines vermeintlichen „Volkswillens“ suggeriert, natürlich wie die Faust aufs Auge. Die auch schon von der NSDAP ideologisch vollzogene, strukturell antisemitische Tren- nung zwischen „schaffendem“ heimisch-na- tionalem Kapital und „raffendem“ heimat- losem internationalem (Finanz)Kapital ist in Zeiten der Globalisierung in den Texten rechter Wirtschaftstheoretiker aktueller denn je. Selbst Bundeskanzler Schröder sprang auf diesen Zug auf, als er deutsche UnternehmerInnen als „unpatriotisch“ kri- tisierte, die außerhalb von Deutschland pro- duzieren; in Meinungsumfragen stimmten 58 % der Deutschen dieser rechten Wirt- schaftsauffassung zu.

Das internationale (Finanz)Kapital wird bei der extremen Rechten als das von Jüd- Innen bzw. „dem Zionismus“ beherrschte Werkzeug zur Erringung der Weltherrschaft und zur Zersetzung der „natürlichen Völker“ angesehen. Rechte „Kapitalismuskritik“ ist oft stark personalisierend: So wird gegen „korrupte Politiker“, „Bonzen“ und „Speku- lanten“ polemisiert. Negiert wird, dass der Kapitalismus ein gesellschaftliches Verhält- nis darstellt, in dem sich Ausbeutung als subjektloser Prozess vollzieht. Zu Schuldigen an der Ausbeutung, die sich im rechten Kontext von einer ökonomischen zu einer ethisch-moralischen Kategorie wandelt, werden somit einzelne, die nicht an das „na- tionale Wohl“ denken und nur an der eigen- en Macht interessiert sind. Jede Form personalisierender, verschwörungstheore- tischer Kapitalismuskritik ist strukturell an- tisemitisch, auch wenn im Einzelfall die „Ju- den“ als Personifizierung des Bösen nicht mehr genannt werden. Leider gibt es, wenn auch ungewollt, immer noch bei dieser Form der „Kapitalismuskritik“ Überschneidungen mit linken, globalisierungskritischen Posi- tionen.

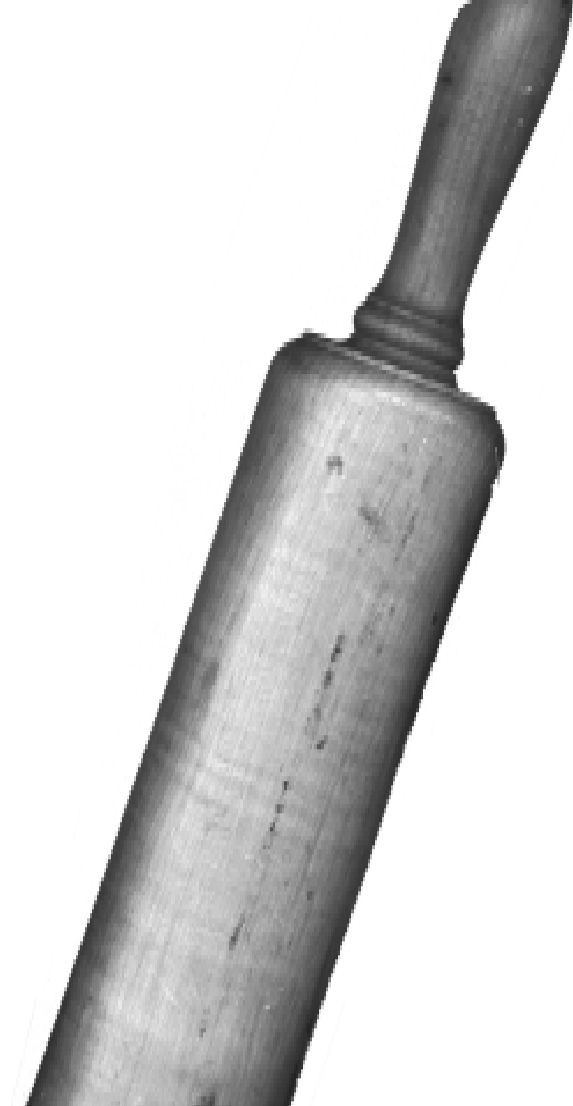
Als positiver Gegensatz zum Kapitalis- mus und Kommunismus setzt die extreme Rechte auf den „deutschen Sozialismus“, der sich in der Volksgemeinschaft widerspiegelt.

Gregor Strasser, dessen politische Wir- rungen heute eine große Bedeutung in der deutschen rechtsextremen Szene haben, hat es einmal so formuliert: „Sozialismus ist nicht die Herrschaft der Masse, die Nivellierung von Leistung und Lohn, sondern (...) das tief preu- ßisch-deutsche ‚Dienen‘ am Ganzen, im Wis- sen, daß jeder einzelne ein Teil, ein tiefverbundenes Teil dieses Ganzen ist!“⁶ Die- ses Ganze ist wiederum die „deutsche Volks- gemeinschaft“, die für die Nazis eine identitätsstiftende „natürliche Fortpflan- zungsgemeinschaft“ darstellt. Zur Schaffung einer Volksgemeinschaft sehen die Nazis die Notwendigkeit, die „Freiheit der Völker“ zu erkämpfen. Somit sind aktuelle Kampagnen der Neonazis wie: „Für eine Welt freier Völ- ker – Solidarität mit Irak und Palästina!“ die andere Seite der selben Medaille.

Um sich falscher BündnispartnerInnen zu erwehren, ist es notwendig, die theoretis- chen Grundlagen des eigenen Handelns zu überprüfen. Ferner kann natürlich auch nur eine richtige Analyse der herrschenden Ver- hältnisse dazu beitragen, eben diese zu über- winden. Dazu soll die **Veranstaltung „Na- zis und Soziale Frage“, am Mittwoch, dem 20. Oktober um 19.30 Uhr mit Jörg Kronauer (Jungle World, Konkret) im Apex (Burgstraße 46)** beitragen.

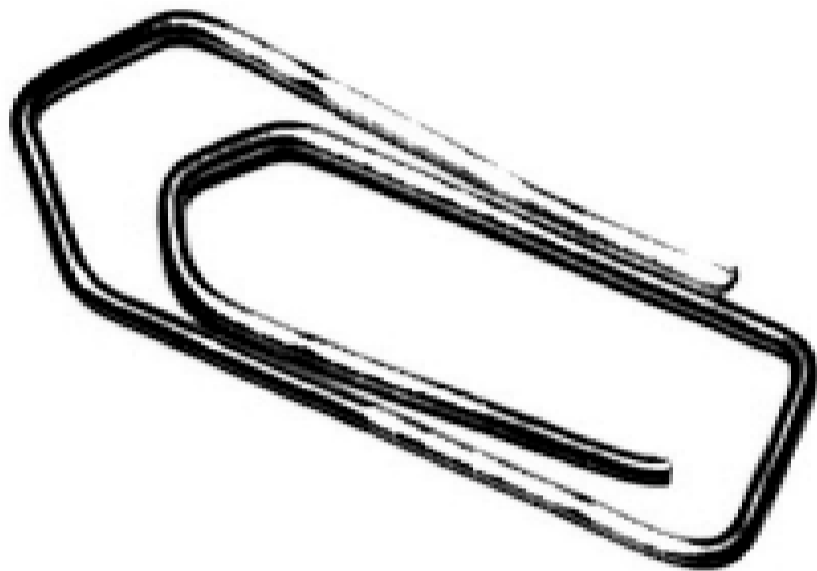
antifa aktion & kritik
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

i-net: <http://www.puk.de/AundK>
mail: AundK@puk.de



- ¹ Harald Neubauer: Wir sind das Volk, in: *Nation & Europa*, 09/2004, S. 3
- ² Jürgen W. Gansel: Was lange gärt, wird endlich Wut, in: *Deutsche Stimme*, September 2004, S. 1
- ³ Joseph Goebbels: Wege ins Dritte Reich, S. 34
- ⁴ Joseph Goebbels: Lenin oder Hitler, S. 18
- ⁵ Diese grausame Parole ist das offizielle Motto für den gemeinsamen Sternmarsch vieler MontagsdemonstrantInnen auf Berlin, welcher ausgerechnet am 3. Oktober stattfinden soll.
- ⁶ Gregor Strasser: Kampf um Deutschland, S. 75

Widerstand am Arbeitsamt – eine Rallye für Alle!



Vor wenigen Wochen ging es erstmals durch die Medien: Mit dem Inkrafttreten von Hartz IV am 01.01.05 befürchten die Innenministerien und die Agenturen für Arbeit eine zunehmende Gewaltbereitschaft der BezieherInnen von ALG II gegenüber dem Arbeitsamt. Die SachbearbeiterInnen sollen sich nun mit Selbstverteidigungskursen gegen Übergriffe vorbereiten, und die Polizei stellt sich darauf ein, im neuen Jahr bei Bedarf Objekt- und Personenschutz am Arbeitsamt zu stellen.

Mal wieder nichts Neues

Was ist passiert? Eigentlich nichts Neues. Die Bundesregierung verfolgt weiter ihren neoliberalen Kurs. Wie bisher wird mit dem Scheinargument leerer Kassen die existentielle Bedrohung von Menschen vorangetrieben. Weiterhin wird behauptet, dass der Segen jeder und jedes Einzelnen darin läge, mehr und länger zu arbeiten, egal was, wo und zu welchen Bedingungen. Immer noch wird mit der Auffassung kokettiert, dass jede ihres eigenen Glückes SchmiedIn sei und man bei entsprechender Leistungsbereitschaft auch sicher ein Stück abbekomme vom großen Kuchen.

Und auch nicht neu ist die entsprechende Begleitmusik: das Gehetze gegen diejenigen, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht in einem geregelten Arbeitsverhältnis befinden. Sie werden als unflexible FaulenzerInnen dargestellt, denen ein bisschen mehr sozialer Druck nie schaden kann.

Obwohl da bei näherem Hinsehen also nichts grundsätzlich Neues zu entdecken ist, wäre es doch fatal und ignorant, sich gegen die derzeit stattfindenden Einschnitte nicht mehr denn je zu wehren. Denn die neuen Schikanen, mit denen die Agenda 2010 und mit ihr Hartz IV vielen Menschen auf die Pelle rückt, stellen soziale Rechte, die bislang zumindest für einen großen Teil der Menschen in Deutschland selbstverständlich waren, grundlegend in Frage. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum wird für viele nochmals drastisch eingeschränkt, immer mehr Menschen wird sie ganz verwehrt. Durch die offensive Demontage sozialstaatlicher „Sicherungssysteme“ wird das Gefühl von sozialer Sicherheit zunehmend zur Seltenheit. Das Bedürfnis oder gar die Forderung nach einer Grundversorgung zur im wahrsten Worte „unverdienten“ Bettelei Überflüssiger abgestempelt.

Diese aktuellen Einschnitte wecken nun die Wut vieler Menschen. Und dabei geraten Institutionen wie das Arbeitsamt ins Visier des Protests, an denen bislang zumindest offener Widerstand kaum stattgefunden hat.

Wut und gut?

Wie lange die Wut über diese Zumutungen anhält und wann sich die von den Kürzungen Betroffenen an ihre neuen Lebensbedingungen gewöhnen werden, lässt sich nicht vorhersagen. Fest steht aber: dass wir die aktuelle Unzufriedenheit vieler aufgreifen und gemeinsam in einen emanzipatorischen Prozess treten wollen.

Denn Wut lenkt das Augenmerk auf Zumutungen und Einschränkungen, denen Menschen ausgesetzt sind. Deshalb sollten wir sie ernst nehmen. Vorschnelle Beschwichtigungen, die mit Verweis auf einen Mangel an Alternativen versuchen, daraus resultierenden Protest klein zu reden oder gleich zu delegitimieren, sind da völlig fehl am Platz.

Genauso problematisch ist es auf der anderen Seite aber auch, jede Form von Wut und Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen unhinterfragt als wünschenswertes widerständiges Verhalten zu betrachten und sich uneingeschränkt zu solidarisieren. Denn auf der Suche nach dem Anlass der eigenen Wut bzw. beim Nachdenken über Alternativen liegt es leider – und dies zeigt sich bei den derzeitigen Protesten gegen die Agenda 2010 mal wieder deutlich – allzu nahe, auf das nächstbeste Schema zurückzugreifen, das eine Erklärung für die eigene Misere bietet. Und damit kann man nicht nur falsch liegen, sondern das hat nicht selten auch gefährliche Konsequenzen.

Augen auf im Straßenkampf

„Wer nichts leistet, soll auch nichts bekommen“, so eine typische Hardliner-Position bei der Durchsetzung der Hartz-Gesetze. Gegen derartige unmenschliche Parolen lässt es sich noch leicht gemeinsam und solidarisch auf die Strasse gehen. Das ist auch notwendig und sinnvoll. Den schon durchgesetzten und noch geplanten Gesetzesvorhaben, viele Menschen noch weiter an den

Rand der Gesellschaft zu treiben, ihnen immer weniger Möglichkeiten zu bieten, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, stellen wir uns entgegen.

Für eine emanzipatorische Kritik an der Agenda 2010 ist es aber zwingend notwendig, in einen politischen Austausch darüber zu treten, was denn da genau bekämpft bzw. wie denn das auch anders gehen könnte. Und spätestens an diesem Punkt werden die unterschiedlichen Stoßrichtungen des Protests und die sich zum Teil unversöhnlich entgegenstehenden Vorstellungen unübersehbar.

Relativ schnell ins Auge fällt da die absolute Unvereinbarkeit solidarischer Politik mit nationalistischen Positionen, wie die der NPD & Co. Dass für eine emanzipatorische Politik die soziale Teilhabe ALLER Menschen am gesellschaftlichen Reichtum das Ziel ist und sich eine solche Politik mit rassistischen und deutschnationalen Parolen nicht im Ansatz vereinbaren lässt, ist selbstredend.

Problematischer wird es dann bei sozialen Protestformen, die man als klassische Abwehrkämpfe bezeichnen kann. Wenn etwa Gewerkschaften die Erhöhung oder heute auch nur die Nicht-Senkung von Löhnen fordern oder diverse Sozialverbände geplante Kürzungen verhindern wollen, dann sind wir an einem altbekannten Dilemma angelangt. Diese sozialen Kämpfe sind notwendige Kämpfe, da sie soziale Rechte einfordern oder aufrechterhalten. Sie können, wenn sie erfolgreich geführt werden, Hand-

lungsspielräume von Menschen erweitern, in denen dann Raum für weitere Kritik entstehen kann. Aber eben auch nur *kann*, und deshalb ist es nicht nur unzureichend, unsere Politik auf diese Abwehrkämpfe zu beschränken. Aus emanzipatorischer Sicht ist es vielmehr zwingend notwendig, diese Kämpfe immer über das „Abwehren“ hinaus zu erweitern.

Eine emanzipatorische Kritik an Hartz und der Agenda stellt fortwährend auch deren allgemeine Prinzipien grundlegend in Frage. Es geht *nicht nur* darum, einen höheren Satz der Sozialleistungen zu fordern, *sondern immer auch* darum, das allen sozialstaatlichen Regelungen zugrunde liegende Muster selbst zu kritisieren. Das Prinzip, dass mir die Sozialgesetzgebung im Rahmen einer ökonomischen Sachzwangargumentation vorschreibt, welche Leistungen mir zustehen, welche Bedürfnisse ich haben darf und wo die Grenze überschritten ist, dieses Prinzip selbst muss angegriffen und diskreditiert werden. Denn wie kann eine Gesellschaft vernünftigerweise begründen, dass sich Menschen mehr denn je einschränken und mit weniger zufrieden sein müssen, wenn doch gleichzeitig die Fähigkeit ständig steigt, mit immer geringerem Aufwand immer mehr Güter zu produzieren? Wie kann eine Gesellschaft begründen, dass den Menschen, die aus dem Verwertungsprozess herausgefallen sind, vorgeschrieben werden kann, worauf sie einen Anspruch haben und worauf nicht? Das ist die eigentliche Unverschämtheit.

„Die anderen haben völlig unverdient mehr als wir“. „In Berlin müssen nur mal die richtigen Leute ran“. Mit solchen Bekundungen fährt eine Kritik notwendigerweise früher als uns lieb ist an die Wand. Verweilt man mit der eigenen Politik im Rahmen der bestehenden ökonomischen und parlamentarischen Argumentation, kann man aufgemachten Sachzwängen, Standortparolen und angeblichen Marktzwängen nichts mehr entgegensetzen als das Bitten um einen Aufschub oder einen möglichst milden und langsamen Abbau sozialer Sicherungssysteme.

Vor nichts und niemandem Halt machen

Eine weiterreichende Kritik an den vorherrschenden Verhältnissen stellt also nicht nur aktuelle Umstrukturierungen des Sozialstaates in Frage, sondern richtet sich generell gegen die Art und Weise, wie diese Gesellschaft organisiert und strukturiert ist. Und so kann es auch passieren, dass wir mitten im Protest gegen Hartz IV und die dem zugrunde liegenden Prinzipien entdecken, dass sich die Wut nicht nur berechtigter Weise gegen die Leute richtet, die durch ihre Pöstchen gerade mächtiger sind als andere. Wir werden nicht umhin kommen, uns einzugestehen, dass wir uns letztlich auch selbst ein wenig im Wege stehen, wenn es um umfassende Lösungsversuche für die anstehenden Probleme geht. Die Schere verläuft eben nicht nur zwischen oben und unten, sondern auch mitten durch uns durch.

Das haben wir uns vielleicht nicht ausgesucht, trotzdem sind wir mittendrin statt nur dabei. Ob mehr oder weniger gezwungen beim Bezahlen des Einkaufs oder irgendwie eher „freiwillig“ beim sich gegenseitig an bestimmten Leistungen Messen oder beim drüber Nachdenken, ob denn die Lehrerin von nebenan ihr Gehalt und ihren si-

cheren Arbeitsplatz auch wirklich verdient hat. Von dem Künstler, der den ganzen Tag nichts anderes macht, als leere Plastikbehälter aneinander zu kleben und damit auch noch reich, schön und berühmt wird, ganz zu schweigen. Dieses Vergleichen und anhand solcher Vergleiche sowohl Dingen als auch Menschen einen bestimmten Wert beizumessen, das sich zu anderen in Konkurrenz Setzen, scheint wie eingebrennt in unseren Körper und steht uns wie eine Mauer gegenüber – viel stabiler als jeder Kabinettsbeschluss.

Es geht also darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage zu stellen, die uns zwingen zu tun, was wir tun. Da wir es jedoch immer auch selber sind, die diese Verhältnisse hervorbringen, geht diese Kritik nicht nur nach außen, sondern auch an uns selbst. Aktuell ist natürlich Widerstand angesagt und der richtet sich selbstverständlich gegen die Institutionen, die uns das Leben schwer machen. Jedoch darf darüber nie aus dem Blick geraten, dass diese Institutionen Ausdruck der Verhältnisse sind, in denen wir leben und die wir tagtäglich mit produzieren.

Das Arbeitsamt ist überall

In diesen Tagen kommt es darauf an, die Wut in emanzipatorischen Widerstand zu wenden. Es kommt darauf an, gemeinsam die notwendigen Abwehrkämpfe zu organisieren, mehr zu werden und andere in die Widerstandshandlungen einzubeziehen. Es kommt auch darauf an, statt bloßen Appellen an die da oben Breschen in die eigene Verstricktheit zu schlagen und die Dinge solidarisch selbst in die Hand zu nehmen. Es kommt darauf an, neue Wege zu gehen, die das fremdbestimmte Leben nach und nach hinter uns lassen.

Widerstand am Arbeitsamt bedeutet für uns also den Versuch, sowohl die eklatanten Einschnitte in das Leben vieler Menschen zu verhindern und für die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen von ALLEN einzutreten. Dabei gleichzeitig aber auch immer wieder den Versuch zu unternehmen, unsere Kritik und Vorstellungen über diese Abwehrkämpfe hinaus zu formulieren und in die politische Auseinandersetzung mit anderen einzubringen.

Das Arbeitsamt ist *ein* geeigneter Ort, um der aktuellen Unzufriedenheit und Wut Ausdruck zu verleihen. Dabei liegt es auf der Hand, dass nicht die SachbearbeiterInnen Ziel der Aktionen sein dürfen – es sei denn, sie nutzen ihre Spielräume, um bewusst Menschen zu schikanieren. Es liegt auch auf der Hand, dass ein Arbeitsamtgebäude die politisch verordnete Zwangsarbeit nicht abschaffen kann – als Symbol des Protests ist es aber wie andere Orte der Verwaltung von Ausgrenzung und Einschränkung geeignet. Und zugegebenermaßen liegt es auch auf der Hand, dass durch eine Rallye allein die Welt und damit auch wir nicht grundlegend umgekrempelt werden – aber immerhin wissen wir, dass dies entweder nur in kleinen Schritten oder aber gar nicht geht.

Schöner leben jetzt!

Was: Widerstand am Arbeitsamt – eine Rallye für Alle!

Wann: Dienstag, 19.10.04, ab 9 Uhr

Wo: Vor dem Arbeitsamt (Bahnhofsallee 5)

www.schoener-leben-goettingen.de

Die glückliche Erwerbslose

Frei nach Heinrich Böll: „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“



Nach dem Frühstück überkam uns immer eine scheußliche Antriebsschwäche, eine bodenlose Gemütlichkeit, die stärker war als wir und meistens bis zum Abendessen anhielt.

Auf den Stufen des Gänseliesels in Göttingen sitzt eine leger gekleidete Frau und genießt ein Eis in der Sonne. Ein schick angezogener Tourist legt eben einen neuen Farbfilm in seinen Fotoapparat, um das idyllische Bild zu fotografieren: blauer Himmel, strahlende Sonne, das alte Rathaus mit dem Brunnen und dem Gänseliesel, das bunte Treiben in den umliegenden Cafes. Klick. Noch einmal: klick. Und da aller guten Dinge drei sind und sicher sicher ist, ein drittes Mal: klick.

Die Frau ist mit ihrem Eis fertig und möchte genüsslich eine Zigarette rauchen. Bevor sie ihr Feuerzeug aus der Tasche angeln kann, hält ihr der eifrige Tourist schon sein Feuerzeug unter die Nase und fängt ein Gespräch an.

„Haben Sie auch gerade frei und genießen das schöne Wetter?“

Kopfschütteln der Frau.

„Ah, Sie verbringen wohl Ihre Mittagspause hier?“

Kopfschütteln der Frau.

„Ach, dann sind Sie Hausfrau und gerade dabei, Besorgungen zu erledigen?“

Kopfschütteln der Frau, steigende Verunsicherung des Touristen.

„Sie sind ja nicht sehr gesprächig, fühlen Sie sich nicht wohl?“

„Ich fühle mich großartig“, sagt sie, „ich habe mich nie besser gefühlt.“

Der Gesichtsausdruck des Touristen wird immer unglücklicher, er kann die Frage nicht mehr unterdrücken, die ihm sozusagen das Herz zu sprengen droht: „Sind Sie etwa arbeitslos?“

Die Antwort kommt prompt und knapp: „Ja.“

Sie raucht weiter. Der Fremde setzt sich kopfschüttelnd neben sie auf die Stufen, legt die Kamera aus der Hand, denn er braucht jetzt beide Hände, um seiner Rede Nachdruck zu verleihen.

„Ich will mich ja nicht in Ihre persönlichen Angelegenheiten mischen“, sagt er, „aber wenn sie sowieso hier an diesem touristisch attraktiven Ort rumsitzen, könnten Sie sich doch als Fremdenführerin anbieten. Sie könnten am Tag bestimmt zwei, drei, vielleicht sogar vier Mal Grüppchen von Touristen herumführen und ihnen das wunderschöne historische Göttingen zeigen.“

Sie nickt.

„Sie würden“, fährt der Tourist fort, „nicht nur heute, sondern morgen, übermorgen, ja an jedem günstigen Tag zwei-, drei-, vielleicht vier Mal eine Führung machen können. Damit könnten sie viel Geld verdienen. Sie könnten eine Ich-AG aufmachen.“

Die Frau schüttelt den Kopf.

„Sie könnten in spätestens einem Jahr einen Souvenirshop aufmachen, in zwei Jahren einen zweiten und in drei oder vier Jahren vielleicht ein Reisebüro. Eines Tages würden Sie zwei Reisebüros haben“, die Begeisterung verspricht ihm für einen Moment die Sprache, „Sie würden eine Reisebüro-Kette haben, sie könnten sich an einer kleinen Fluggesellschaft beteiligen, mit einem eigenen Privatjet ihre Reiseziele begutachten und per Mail und Handy Anweisungen an ihre inzwischen zig Angestellten in der ganzen Welt geben, und dann...“, wieder verspricht die Begeisterung dem Fremden die Sprache.

Kopfschüttelnd, im tiefsten Herzen betrübt, seiner Urlaubsfreude schon fast verlustig, blickt er auf das bunte Treiben der Menschen. „Und dann“, sagt er, aber wieder verspricht ihm die Erregung die Sprache. Die Frau klopft ihm auf den Rücken, wie einem Kind, das sich verschluckt hat. „Was dann?“ fragt sie leise.

„Dann“, sagt der Fremde mit stiller Begeisterung, „dann können Sie beruhigt hier an Gänseliesel sitzen, die Sonne genießen und Ihr Eis essen.“

„Aber das habe ich ja gerade getan“, sagt die Frau, „ich sitze hier, genieße die Sonne und mein Eis. Nur Sie haben mich dabei gestört.“

Erwerbslosen-Frühstück im Juzi (Bürgerstraße 41)

Jeden ersten Dienstag im Monat, um 10.30 Uhr

Agenturschluss

„Arbeitsagenturen“ und „Personal Service Agenturen“ am 3. Januar 2005 lahmlegen!

Wenn am 1. Januar 2005 die neuen Hartz-Gesetze in Kraft treten sollten, rufen wir dazu auf, die „Arbeitsagenturen“ und „Personal Service Agenturen“ (PSA) bundesweit zu schließen. Am ersten Werktag des neuen Jahres, am Montag, dem 3. Januar 2005, werden wir den Start von „Hartz IV“ stoppen. Wir werden in Form von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen in den Ablauf der Erwerbslosenbürokratie eingreifen. Wir wollen die Nötigung und Beschneidung unseres Lebens anhalten und einen Raum schaffen für den Ausdruck unserer Ängste, unserer Wut und unserer eigenen Vorstellungen von einem würdigen Leben.

Ob wir mit den jetzt stattfindenden Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen die notwendige gesellschaftliche Kraft entfalten, damit die Regierung die „Hartz-Gesetze“ zurücknimmt, wissen wir nicht. Unsere Wut und unsere Phantasie sind aber noch lange nicht aufgebraucht. Wir rufen besonders zur Teilnahme an der Arbeitsagentur-Aktionswoche vom 2. bis 5. November und zur bundesweiten Großdemonstration an der Zentrale der „Bundesagentur für Arbeit“ am 6. November in Nürnberg

auf. Selbst wenn die „Hartz-Gesetze“ Alltags werden, wird der soziale Protest und Widerstand dagegen nicht zu Ende sein. Es sind schon andere Gesetze wieder gekippt worden. Weisen wir das gesellschaftliche Elend, das uns jetzt versprochen wird, zurück. Erinnern wir uns an die erfolgreichen Proteste gegen die Einführung einer Kopfsteuer („polltax“) in England Anfang der 90er Jahre. Die massenhafte Aufkündigung des „sozialen Friedens“ brachte das Gesetzesvorhaben seinerzeit zu Fall.

Viele Menschen begreifen, dass der Angriff auf uns und unsere Bedürfnisse gleichermaßen für Erwerbslose wie für Lohnarbeitende gilt. Für diejenigen, die Lohnarbeiten, als Erpressung zu Mehrarbeit und Lohnverzicht. Für diejenigen, die erwerbslos sind, als Leistungskürzung und Zwang in Billigjobs. Immer mehr Aufwendungen für Renten- und Krankenversicherung kommen für alle dazu. Dass ausgerechnet die großen Sozialverbände wie Caritas, Diakonie oder AWO von der Einführung der nur symbolisch entlohnten Zwangsarbeit für „Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen“ profitieren wollen, macht sie zu klaren Gegnern im Widerstand gegen

die „Hartz-Gesetze“. Im gemeinsam und gleichzeitig erlebten Alltag der Bedrohung mit Arbeit und Arbeitslosigkeit gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Darin liegt aber auch die Möglichkeit, im Protest und Widerstand, nicht nur gegen die „Hartz-Gesetze“, zusammenzukommen.

Im aktuellen Umbau des Sozialstaates verschiebt sich die Aufgabe der neuen „Agenturen für Arbeit“. Im Leitbild der „Verfolgungsbetreuung“ tritt die Zielrichtung der Kontrolle und Ausübung von Zwang gegenüber den erwerbslosen „KundInnen“ deutlich hervor und die Förderung und Beratung in den Hintergrund. Wenn die „Arbeitsagenturen“ zur „Arbeitspolizei“ werden, stellen wir ihre Existenzberechtigung in Frage. In diesem Sinne soll die Schließung der „Arbeitsagenturen“ durch unsere Aktionen auch die Forderung nach der Auflösung dieser Behörde ausdrücken.

Was konkret am 3. Januar 2005 in den „Arbeitsagenturen“ und „PSAs“ passieren wird, ist abhängig von den Menschen vor Ort, von ihrem Zorn und von dem, was sie

sich zutrauen. Unser Ziel ist es, uns in den Ämtern zu versammeln, den Betrieb lahm zu legen und dort zu protestieren und zu diskutieren. Dabei können die Beschäftigten der Arbeitsämter mit einbezogen werden. Sollten wir vor verschlossenen Türen stehen, haben wir ein Teilziel erreicht und können uns überlegen, ob und wie wir uns Zutritt verschaffen. Vielleicht haben wir auch vorher schon eine Idee dazu.

Organisiert euch! Macht Agenturschluss in eurer Stadt! Verlegen wir die Montagsdemonstrationen am 3. Januar in die „Arbeitsagenturen“ und „PSAs“. Achtet auf Aufrufe und Ankündigungen!

Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit!

Agenturschluss ist eine Initiative von sozialpolitisch engagierten Gruppen aus mehreren Städten. Sie entstand auf dem Kongress „Die Kosten rebellieren – Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration“ und wurde auf einem bundesweiten Treffen Anfang August konkretisiert. Ihr erreicht uns unter agentur_schluss@yahoo.com

Das Ende der Bescheidenheit

Während sich auch in Göttingen erfreulicherweise wie in vielen anderen bundesdeutschen Städten Widerstand gegen Hartz IV, Agenda 2010 und die gesamte Politik der Kettensäge am „Sozialstaat“ regt, finden sich andernorts jedoch weitaus grellere und unerfreulichere Stilblüten in den Forderungen der Demonstrierenden. Nicht nur das Eintreten für den „Standort Deutschland“ und die Forderung nach mehr Arbeit (dabei ist doch die Abschaffung der Arbeit das Ziel) mag da linken und linksradikalen Demonstranten den Atem verschlagen. Am unerfreulichsten ist jedoch unbestritten die Tatsache, dass es neofaschistische Gruppierungen gerade in Ostdeutschland gelingt, ihr Süppchen auf dem Boden sozialer Unzufriedenheit zu köcheln – was sich auch in den aktuellen Wahlen in Brandenburg und Sachsen niedergeschlagen hat.

Einen Fingerzeig darauf, warum die Faschisten so gut auf der Welle des Protestes schwimmen können, sind sicherlich die gestellten Forderungen. Die Parole „Wir sind das Volk“ lässt jedem deutschtümelnden Faschisten das Herz höher schlagen. „Arbeit für Deutsche“ ist eines ihrer inflationärst gebrachten Transparente. Auch der Niedergang des Standort Deutschlands, der vor bösen „fremdländischen Interessen“ geschützt werden müsse, treibt dem braunen Mob die Zornesröte in die Backen.

Hier zeigt sich die dringende Notwendigkeit weitergehender Forderungen: Das Gesellschaftsevangelium der Lohnarbeit gehört genauso zu den Dingen, die wir gern abgeschafft sähen, wie die nationalistische Logik, zuerst für den eigenen Standort auf die Straße gehen zu müssen. Und die Frage nach Erwerb und Erwerbslosigkeit lässt sich ohnehin nicht von dem Faktum trennen, dass im kapitalistischen Verwertungssystem immer mehr Menschen „überflüssig“ für den kapitalistischen Wertschöpfungsprozess werden.

In diesem Sinne eine gute Möglichkeit an geeigneter Stelle und mit netten Menschen auf die Straße zu gehen, ist die Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit in Nürn-

berg am 6. November 2004. Diese findet im Rahmen der bundesweiten Herbstaktionen unter dem Motto „Gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig!“ statt. Die Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg ruft zu einem antikapitalistischen Block unter dem Motto „Wir wollen alles: Alles für Alle! Rebellion und Widerstand gegen Sozialraub und Kapitalismus“ auf. Ja, wir wollen alles ... für Alle! Eine klassenlose Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und die allen gesellschaftlich produzierten Reichtum entsprechend verteilt.

Zur Vorbereitung werden wir eine Mobilisierungsveranstaltung zusammen mit A.L.I., der antifaschistischen linken international, am 27. Oktober 2004 machen. Anwesend werden neben den beiden Göttinger Antifagruppen auch VertreterInnen der Organisierten Autonomie sein, die über den aktuellen Stand der Demonstration wie auch die Hintergründe ihrer Aktion berichten werden.

Also vormerken:

Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit mit einem bundesweiten antikapitalistischen Block: Samstag, 6. November 2004, 12 Uhr, Lorenzkirche Nürnberg

Mobilisierungsveranstaltung:
Mittwoch, 27. Oktober 2004, 20 Uhr, Theaterkeller

Radical [M] – Antifaschistische Gruppe Göttingen

agenda 2010

Armut.

Wir schaffen das!

SPD

Mit freundlicher Unterstützung unserer Kooperationspartner aus den Wohlfahrtsverbänden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Bundestagsparteien.

Arbeit oder Leben

Heißer Herbst gegen Armut und Arbeitszwang, Göttingen 2004

Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen – Für ein gutes Leben!

Termine

Jeden Montag, 17 Uhr

**Offenes Mikrofon und Demo gegen Sozialabbau,
Hartz IV und die Agenda 2010**

(wie in mindestens 220 weiteren Städten im gesamten Bundesgebiet auch!)

Vor dem Alten Rathaus

Jeden Montag, 19.45 Uhr
Plenum Soziales Zentrum
Geiststraße 2

Jeden ersten Dienstag im Monat, 10.30 Uhr
Erwerbslosen-Frühstück

Juzl (Jugendzentrum Innenstadt, Bürgerstraße 41)

Samstag, 16. Oktober 2004, ab 11 Uhr
Innenstadt-Aktionstag
Vor dem Alten Rathaus

Samstag, 16. Oktober 2004, ab 11.00 Uhr
**Für sportlich Interessierte bietet die Antifaschistische Linke
International [A.L.I.] im Rahmen des
Innenstadt-Aktionstags ein am neuesten
Stand der Dialektik orientiertes Trainingsprogramm.**
Am Markt

Dienstag, 19. Oktober 2004, ab 9 Uhr
Widerstand am Arbeitsamt – eine Rallye für Alle!
Eine Veranstaltung von schöner leben goettingen
Vor dem Arbeitsamt

Mittwoch, 20. Oktober, 19.30 Uhr
„Nazis und Soziale Frage“
Veranstaltung mit Jörg Kronauer (Jungle World, Konkret)
Eine Veranstaltung von antifa aktion & kritik
Apex, Burgstraße 46

Freitag oder Samstag, 22. oder 23. Oktober, 22 Uhr
Göttinger Zeitungsball
JuZI (Jugendzentrum Innenstadt, Bürgerstraße 41)

Samstag/Sonntag, 23.-24. Oktober 2004
Widerstandswerkstatt in Göttingen
Samstag, 23.10.04, 15 Uhr bis zum Chill-Out
Sonntag, 24.10.04, ab 9 Uhr (mit gem. Frühstück)
JuZI (Jugendzentrum Innenstadt, Bürgerstraße 41)

Dienstag, 26. Oktober 2004, 20 Uhr

Widerstand: Arbeit, die begeistert!

Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der Gruppen Call Center Offensive, elexira und der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (angefragt)

Eine Veranstaltung der Olafa (Offene Linke-Alles für Alle!)
Gemeindesaal St. Michael, Kurze Straße 13 (Innenhof)

Mittwoch, 27. Oktober 2004, 20 Uhr

Mobilisierungsveranstaltung zur Demonstration in Nürnberg

Eine Veranstaltung von Redical [M] – Antifaschistische Gruppe Göttingen und A.L.I. – Antifaschistische Linke International
Theaterkeller, Geismar Landstraße 19

Donnerstag, 28. Oktober 2004, 14 Uhr

Antiquitätendemo

Wir wollen ja alle unsere ALG II Anträge ordentlich ausfüllen. Deshalb werden wir all unsere Sachen beim Arbeitsamt schätzen lassen. Bringt all euren Kram mit.

Gänseliesel

Samstag, 30. Oktober, 11 Uhr

Arbeit oder Leben Demo

Veranstaltet vom Bündnis Heißer Herbst
Gänseliesel

Samstag, 6. November 2004, 12 Uhr

Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit

Lorenzkirche, Nürnberg

Mittwoch, 10. November, 18 Uhr

Infoveranstaltung zu Leiharbeit

Eine Veranstaltung der Prekär AG des Sozialforum Göttingen
DGB-Haus, Obere Maschstraße 10

Mittwoch, 17. November 2004, 10 Uhr

Vollversammlung der Erwerbslosen

Arbeitsamt, Bahnhofsallee 5

Mittwoch, 17. November, 18 Uhr

1-Euro Jobs- Was steckt dahinter?

Eine Veranstaltung der Prekär AG des Sozialforum Göttingen
DGB-Haus, Obere Maschstraße 10

Montag, 3. Januar 2005

Agenturschluss!

Bundesweite Besetzung der Arbeitsämter

